

de Kéisécker

LUXEMBURGER LANDWIRTE UND DER BIOLANDBAU



INTERVIEW

Interview mit Erny Gillen



6 LANDWIRTSCHAFT

Luxemburger Landwirte
und der Biolandbau



9 WAHLEN 2009

Parteien antworten
dem Mouvement Ecologique



20



Elo Member GINN AM MECO

Der Mouvement Ecologique führt derzeit eine Mitgliederaktion durch.

Neue Mitglieder erhalten ein Begrüßungsgeschenk, bestehende Mitglieder die neue Mitglieder anwerben nehmen an einer Verlosung teil.

Machen Sie mit und informieren Sie sich über www.meco.lu oder rufen Sie uns an, wir schicken Ihnen dann die entsprechenden Unterlagen: **Tel. 439030-1.**

Als dankeschön winken attraktive Preise

Als Dankeschön für die wertvolle Unterstützung verlosen wir unter allen Mitgliedern, die ein neues Mitglied anwerben, tolle Preise:

- Eine Übernachtung für 2 Personen im Hotel de la Sûre in Esch/Sauer (inkl. 4 Gänge-Menü/Frühstück)
- Ein Vegetarisches Abendessen für 6 Personen zubereitet von Lydie Müller-Philipp
- Ein Fahrrad-Gutschein im Wert von 500 Euro von Velocenter Goedert
- 7x eine Serigrafie aus unserem Programm „Kenschtler fir d'Ëmwelt“ zur freien Auswahl

Neue Mitglieder können unter folgenden Geschenken auswählen:

- 25.- Euro Gutschein von „Pimpampel“
- 25 Euro.- Gutschein von „Naturata“
- 25 Euro.- Gutschein von „Co-labor“
- 25.- Euro Gutschein von www.velosophie.lu
- CD von André Mergenthaler
- Kochbuch „Natierlech genéissen“

Zäitschrëft fir de Mënsch a seng Ëmwelt

erausgi vun dem Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg
Tel. 43 90 30-1 – Fax 43 90 30-43
CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000
e-mail: meco@oeko.lu
www.oeko.lu
Mouvement Ecologique asbl

Sekretariat: 6, rue Vauban (Pafendall) – Lëtzebuerg

Gréngen Telefon: 43 90 30-1

Permanence:

Méindes bis Donneschdes 8-12 a 14-17 Auer
Freides 8-12 Auer, Nomëttes zou

Fir Mëmber ze ginn:

Per Telefon oder schrëftlech Statuten,
Dépliant a Bättrëtsformular ufroen.

Cotisation:

40€ Einzelmember,
60€ Haushaltsmemberschaft,
20€ Studenten an Aarbechtsloser.
De Kéisécker an de Kéisécker-Info
sinn an der Cotisation abegraff!

de Kéisécker 02/2009 Mai 2009

Oplo: 3.200 – Kënn am Joer mindestens 4 mol eraus

Präiss: Einzelnummer 4,46€

Drock: Imprimerie Watgen Luxembourg

Kéisécker Sekretariat / Korrektur:

Catherine Lauer, Véronique Matha, Blanche Weber,
Jean Weber, Claudine Zuang

Redaktionsgruppe: Präsidium

Fotoën: Archiv Mouvement Ecologique
D'Kopieiere vun Texter, Karikaturen a Fotoën ass
erwünsch, wann d'Quell ernimmt gët, a mir déi
Publikatiounen zougeschéckt kréien.
Am anere Fall hale mir eis d'Rechter vum Copyright vir.

Reklammen am Kéisécker: et kann een den Tarif vun
de Reklammen um Gréngen Telefon ufroen: 43 90 30-1



De Mouvement Ecologique lieweg, kritesch, engagéiert

Zesumme méi staark fir d'Ëmwelt

Déi maachen eng wichteg Aarbecht...!

Gudd, datt et de Mouvement Ecologique gëtt...

Das denkt sicherlich so mancher, der den Mouvement Ecologique kennt.
Doch: der Mouvement Ecologique braucht Mitglieder!

Dies aus mehreren Gründen:

- Mehr Mitglieder finden auch in den verantwortlichen politischen Kreisen Beachtung. Es wird durchaus bemerkt, wenn eine Organisation starken Zustrom kennt... Somit: mehr Mitglieder erhöhen die Chance, noch mehr für Mensch und Umwelt zu erreichen.
- Mehr Mitglieder bürgen auch für eine solide finanzielle Basis. Jedes Mitglied erhöht so die finanziellen Möglichkeiten des Mouvement Ecologique, erlaubt ihm, noch aktiver zu werden in seinem Engagement – und stärkt nicht zuletzt auch die finanzielle Unabhängigkeit vom Staat.
- Mehr Mitglieder erlauben aber auch den Service für die Mitglieder auszubauen, dank neuer Mittel.

Mitglieder des Mouvement Ecologique haben aber auch konkrete Vorteile, die noch ausgebaut werden sollen

- Mindestens 12-mal im Jahr erhält jedes Mitglied die monatliche Mitgliederzeitschrift "Kéisécker-Info" mit den letzten Neuigkeiten, Bekanntmachungen, Stellungnahmen und Ankündigungen
- 4-mal das Umweltmagazin "De Kéisécker" mit recherchierten Hintergrundberichten und zahlreichen Tipps
- Einladungen zu aufschlussreichen Seminaren, Konferenzen und Vorträgen
- Preisreduzierungen auf den Eintrittstickets zur alljährlichen Oeko-Foire
- Gratis-Zugang zu der umfangreichen Dokumentation des Umweltzentrums.

Daneben bietet der Mouvement

- Aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten in Arbeitskreisen, in fachkompetenten Arbeitsgruppen, in den lokalen und regionalen Sektionen
- Eine starke Gemeinschaft bei Aktionen, ein angenehmes Wir-Gefühl bei Veranstaltungen, Naturwanderungen, Ausflügen und Festen.

SOMMAIRE

2 EDITO

Die Debatte um die moderne Stadtbahn –
symbolhaft für die notwendigen
Werteentscheidungen in unserer Gesellschaft

4 INITIATIV

Bei Eza!
Modellhafte Altbausanierung im Allgäu



4

6 INTERVIEW

Interview mam Erny Gillen, Präsident vun der
CARITAS, zu dem Engagement vun der CARITAS
am Themeberäich vum Klimaschutz.

9 LANDWIRTSCHAFT

Studie zur Förderung
der biologischen Landwirtschaft in Luxemburg



9

20 WAHLEN 2009

14 Fragen an die politischen Parteien –
eine Umfrage des Mouvement Ecologique

43 WAHLEN 2009

OBAMETER
Umsetzung der Wahlversprechen sowie
des Koalitionsvertrages: Für die Einführung
eines nachvollziehbaren Gradmessers



44

44 REZEPTE

Spargel-Gemüse-Taschen
mit grünem Risotto

46 KUNST

Kënschtler fir d'Ëmwelt
die Serigrafie vun Ad. Deville ist da!



46

DIE DEBATTE UM DIE MODERNE

symbolhaft für die notwendigen Werteentscheidungen in unserer Gesellschaft

Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe des "Kéiséckers" ist, neben der Veröffentlichung wesentlicher Resultate einer Studie zum Biolandbau, die Veröffentlichung einer Umfrage bei den politischen Parteien zu einer Reihe von Wahlforderungen des Mouvement Ecologique. Die Resultate sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Einerseits scheinen zentrale Ideen einer nachhaltigen Entwicklung mehr und mehr Unterstützung zu finden. Andererseits aber stellt sich die Frage, warum so manche Idee, die nun die Zustimmung der Parteien findet - von einer stärkeren Förderung der erneuerbaren Energien bis hin zu einem "Nachhaltigkeitsscheck" - nicht bereits seit langem von den Parteien umgesetzt wurde.

Insofern hinterlassen die Resultate der Umfrage doch einen etwas schalen Beigeschmack...

Einlösung von Wahlversprechen und Koalitionsaussagen?

Die Glaubwürdigkeit in die Politik, aber auch das Interesse der WählerInnen am Politikgeschehen, werden jedoch maßgeblich davon abhängen, ob Wahlversprechen überhaupt noch ernst genommen oder eher als "WählerInnenköder" angesehen werden.

Insofern ist die Idee des Mouvement Ecologique in Luxemburg eine Art "Obameter" einzuführen sicherlich von Interesse (<http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/>). Werden doch mit Hilfe eines derartigen Instrumentariums alle Wahlversprechen konkret aufgelistet und jeweils angemerkt, inwiefern sie sich in Umsetzung befinden, bereits umgesetzt sind oder aber gebrochen wurden. Auch generelle Hintergrundinformationen zu den einzelnen Wahlversprechen erhält der interessierte Bürger. Eine Transparenz, die gute Voraussetzungen bietet, auch das Interesse der BürgerInnen an der Politikgestaltung wieder zu steigern ...

Natürlich verspricht sich ein Mouvement Ecologique davon auch, dass Parteien somit generell Wahlversprechen und Koalitionsverträge (wieder?) als verbindlicher erachten. Denn Fakt ist, dass nach Ansicht des Mouvement Ecologique das Koalitionsabkommen der noch amtierenden Regierung in zahlreichen Punkten aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung nicht umgesetzt wurde. In Bereichen, in denen der Mouvement Ecologique aktiv ist, kann gut und gerne behauptet werden, dass über 50% der Aussagen im Koalitionsabkommen nicht umgesetzt wurden. (Dies trifft nicht so stark auf das Umweltministerium zu, sondern eher

auf andere Ressortministerien, in denen die Nachhaltigkeit ungenügend integriert wurde.) Insofern ist eine gewisse Verfremdung der BürgerInnen gegenüber dem politischen System durchaus verständlich.

Diese Feststellung ist umso bedeutungsvoller, als angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise die Politikgestaltung eine neue Dimension erhält.

Die Devise der vergangenen Jahre lag - angesichts "voller Kassen" - eher darin, es irgend wie jedem Recht machen zu wollen. In der Theorie wurde von so manchen immer wieder vom notwendigen "choix de société" gesprochen, die politische Realität jedoch war eine andere.

Mobilitätspolitik: weiterhin "sowohl als auch"?

Die Devise der letzten Legislaturperioden war gekennzeichnet durch ein doppeltes Vorgehen: Sowohl ein "gewisser" Ausbau der öffentlichen Transportmittel als auch Planungen für den weitgehenden Ausbau des Straßennetzes durch große Infrastrukturprojekte (wie z.B. der Ausbau der Arloner Autobahn A3/A6). Nein: Eine eigentliche Trendwende in der Mobilitätspolitik war nicht das Ziel, sondern eher ein Art "Optimierung" der Transportpolitik der vergangenen Jahrzehnte.

STADTBahn –

Nachdem nun aber unweigerlich feststeht, dass unsere Finanzressourcen begrenzt sind, ist eine gleichwertige Optimierung von zwei Systemen – dem öffentlichen Transport und den Infrastrukturen für den Individualverkehr – aus rein finanzieller Sicht nicht mehr möglich! Die Politik muss sich entscheiden...

So werden zwei Fragestellungen für die Zukunft von grundlegender Bedeutung sein:

- Werden die ökologische, die soziale und die ökonomische Krise gleichberechtigt in Angriff genommen? Setzt sich die Erkenntnis durch, dass sie nur gemeinsam angegangen werden können? Bis dato hat sich diese Überzeugung in der politischen Praxis noch nicht durchgesetzt
- Gelingt es unserer Gesellschaft grundsätzliche Werteentscheidungen, z.B. in Richtung einer umweltschonenden und menschengerechten Mobilität, zu treffen? Denn wie auch immer sich die Finanzkrise entwickeln wird: die Zeiten wo man es allen gerecht machen konnte sind vorbei. Sehr weitgehende Entscheidungen über die grundsätzliche Orientierung unserer Gesellschaft stehen an.

Die moderne Stadtbahn steht symbolisch für die Vision einer Trendwende

Die neu ausgelöste Debatte über den Bau der modernen Stadtbahn wird vielleicht mit einem derartigen Engagement geführt, weil sie für beide Fragestellungen symbolhaft steht. In der Tat steht sie wie kaum eine andere für eine Umorientierung in der Mobilitätspolitik, sie verkörpert seit fast 20 Jahren die Vision einer Trendwende in der Mobilität. Geht es doch darum – losgelöst von allen grundsätzlichen verkehrspolitischen Akzenten – einer Stadt und stellvertretend einem Land ein anderes Gesicht, eine neue Urbanität zu geben. Eine Urbanität, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und das Stadtbild prägt.

Die Stadtbahn steht aber auch dafür, dass sich eine Gesellschaft Prioritäten setzen muss, ebenfalls auf finanzpolitischer Ebene. Und gerade darum geht die derzeitige Debatte: sind alle Parteien bereit die absolute Priorität auf den öffentlichen Transport zu setzen, oder müssen hier zentrale Projekte zurücktreten, um z.B. einen Ausbau der A3/A6 zu ermöglichen?

Es wäre zu hoffen, dass im Wahlkampf und in den nachfolgenden Koalitionsverhandlungen in aller Sachlichkeit über derartige fundamentale Werteentscheidungen in unserer Gesellschaft gesprochen werden könnte.

Blanche Weber



BEI EZA! BEST PRACTICE OFFENSIVE Modellhafte Altbausanierung im Allgäu

Fördermittel als Anreiz für eine Altbausanierungsoffensive sind wichtig. Aber sie reichen alleine nicht aus, wie man hierzulande feststellen muss. Denn trotz der im europäischen Vergleich großzügigen Subventionen für Fassadendämmung, Doppelverglasung oder auch noch Dachisolierung gab es bisher in Luxemburg keinen Haussanierungsboom. Wie man gleichzeitig Umwelt und Portemonnaie schont, Arbeitsplätze schafft und sich von Energieimporten unabhängiger macht zeigt auf eindrucksvolle Weise das Beispiel Allgäu.

Der erste Eindruck täuscht: Was aussieht wie eine romantische, leicht verschlafene ländliche Gegend mit sanft geschwungenen Hügeln und Zwiebeltürmchen ist in Wirklichkeit ein Vorreiter in Sachen Energieberatung, Altbausanierung und Erneuerbare Energien: das Allgäu. Nirgendwo sonst in Deutschland sieht man so viele Solarpanels auf Dächern oder dick eingepackte Hausfassaden. Motor dieser Win-Win-Win Bewegung für Umwelt, Haushalte und Wirtschaft ist dabei seit über 10 Jahren das „Energie- und Umweltzentrum Allgäu“ (**eza!**) mit Sitz in Kempten.

„Nachweislich hat die Arbeit von **eza!** viele Millionen Euro an Investitionen im Allgäu

ausgelöst“, sagt Geschäftsführer Martin Sambale stolz. Das belegen Auswertungen von bundesweiten Förderprogrammen“. Vor allem kleine und mittelständische Handwerksbetriebe in der Region profitieren von diesen Investitionen. Denn die sind es, die Sanierungsmaßnahmen ausführen, Gebäude planen oder Heizungen und Solaranlagen einbauen.

Aus einer 1,5 Mann Organisation wurde in wenigen Jahren eine Struktur mit 25 festen Mitarbeitern, zu denen noch rund 40 freischaffende Energieberater hinzukommen. Städte, Kommunen und Landkreise sowie Handwerker- und Wirtschaftsverbände ziehen hier offensichtlich an einem Strang,

denn **eza!** ist eine gemeinnützige GmbH zur Förderung erneuerbarer Energien und effizienter Energienutzung und wird getragen von den Kommunen, der Wirtschaft und von Initiativen des Allgäus.

A und O des Allgäuer Modells bleibt die Energieberatung, wobei mittlerweile in der Zentrale in Kempten die Aus- und Fortbildung der Berater sowie die Termine koordiniert werden. Die Beratung selbst geschieht in den Gemeinden, wo freischaffende Energieberater jeweils für ein paar Stunden in der Woche zur Verfügung stehen. Wer heute einen Termin anfragt muss in der Regel nicht mehr als 2 Wochen auf ein persönliches



Das Zentrum löste viele Millionen Euro an Investitionen aus – im Interesse von kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben

Beratungsgespräch warten, Informationen über die Fördermittel und mögliche, qualifizierte Partner bei der Umsetzung inklusive.

Wer sich noch nicht richtig mit dem Thema befasst hat, der wird auf den alljährlich stattfindenden Allgäuer Altbautagen auf Infoständen, bei Vorträgen oder Besichtigungen von Objekten viele nützliche Informationen und Tipps darüber erhalten, was überhaupt in der Altbausanierung heute möglich ist. Für zukünftige Häuslebauer gibt es übrigens nach dem gleichen Modell auch Passivhaustage. In Zusammenarbeit mit den lokalen Medien werden außerdem regelmäßig Informationen über verschiedene Aspekte der Altbausanierung oder der Produktion von Erneuerbarer Energie veröffentlicht. Und die Webseite www.eza-allgaeu.de ist eine wahre Fundgrube an nützlichen Informationen zu Fördermitteln, Weiterbildung oder qualifizierten Partnerbetrieben.

Das Netzwerk der **eza!**-partner spielt eine wichtige Rolle in der Erfolgsstory der letzten Jahre: Über 120 Betriebe aus dem ganzen Allgäu und darüber hinaus haben sich zu einem Energiekodex, zu Qualitätssicherung und zu Weiterbildung verpflichtet und dürfen das **eza!**-partner-Logo verwenden. Vertreten sind alle Branchen aus dem Baubereich: Heizungsbauer, Zimmerer, Architekten, Ingenieure, Planer, Baufirmen und Fensterbauer, viele von ihnen werden auch für Vorträge z.B. während der Altbautage herangezogen.

eza! organisiert und koordiniert die Weiterbildung im **eza!**-Bildungszentrum (ein als Anschauungsmodell sanierter Altbau) und kümmert sich um Qualitätssicherung, indem z.B. stichprobenartig die Prüfungsberichte von Beratern kontrolliert werden.

Auch die Kunden der Partner-Betriebe werden von **eza!** aufgefordert, eine Bewertung über die geleistete Arbeit/Dienstleistung abzugeben. Rutscht ein Betrieb in der Kundenbewertung ab, wird es Zeit für ein ernstes Gespräch. Noch sind diese Bewertungen nur **eza!**-intern zugänglich, eine Offenlegung gegenüber allen Interessierten und potentiellen Kunden wird zurzeit diskutiert. Dabei gibt es wohl für die Betriebe nicht viel zu befürchten: Die Durchschnittsnote am 1. April 2009 lag bei 1,26.

eza! bietet mittlerweile auch Energieberatung und Gebäudemanagement sowohl für

Unternehmen als auch für Kommunen und andere öffentliche Strukturen an. Und erweitert sein Handlungsgebiet langsam aber sicher über das Allgäu hinaus. Prominentester Neuzugang: der Bayrische Landtag in München wird von **eza!** betreut. In Zukunft will **eza!** seine beratende Funktion bei Neubausprojekten gegenüber den Kommunen ausbauen. Kommunale Zertifizierungsmodelle wie z.B. das Europe Energy Award – System bietet **eza!** übrigens bereits seit 2 Jahren erfolgreich an. Derzeit werden 10 Städte und Gemeinden in diesem Prozess begleitet.

Übrigens: Energieagenturen, welche von den allgäuer Erfahrungen profitieren möchten, können sich von **eza!** „coachen“ lassen. Dies ist zur Zeit u.a. in Bremen oder Hannover der Fall.

Vielleicht eine Idee für Luxemburg?

Paul Polfer



Auch originelle Sprüche und Marketingaktionen führen zum Ziel

Interview mam

ERNY GILLEN

Präsident vun der CARITAS

zu dem Engagement vun der CARITAS am Themeberäich vum Klimaschutz

An neien Allianze tëscht nationalen an internationalen Ëmwelt- a Solidaritéitsverbänn läit vill Kraaft fir Synergien a Potential vu géigesäitegem Léieren an Unerkennen.

Eis geet et als Caritas an der Klimagerechtegkeetsfro ëm déi Mënschen, déi dem gréisste Risiko ausgesat sinn. An dat sinn déi kleng Leit hei zu Lëtzebuerg, grad esou gutt wéi queesch uechtert d'Welt.



Erny Gillen, Präsident vun der Caritas

De Kéisécker: Här Gillen, op den éischte Bléck vläit fir munchereen erstaunlech, firwat engagéiert sech Caritas Lëtzebuerg ewell esou staark am Klimaberäich, an och beim Projet „VotumKlima“?

E. Gillen: Ech muss lech gestoen, datt mir op der Caritas nach bal méi erstaunt waren iwwert déi negativ Reaktiounen, déi dësen Engagement bei e puer vereenzelte Stëmmer aus der Gesellschaft ausgeléist huet. Wier et dann eigentlech net méi erstaunlech, wann een Hëllefswierk wéi d'Caritas, dat sech säit sengem Bestoe mat Katastrophen a Prävention vu Katastrophe beschäftegt, sech net och mat der Katastroph vum Klimawandel géif ausenaner setzen? An der urwüchsiger Natur huet de Mënsch sech duerch d'Joerdausenden erduerch misse säi Liewesraum géint d'Kräfte vun der Naturerkämpfen. Land a Buedem geziilt esou ze kultivéieren, datt et sech fir d'Liewensmittelproduktioun vum Mënsch selwer géeeent huet, gehéiert zu de geschichtlech-kulturelle Leeschtunge vum Mënsch. Fir aus der Natur eraus seng eege Kultur opzebauen huet en eng Harmonie an e Gläichgewicht misse mat der Natur fannen a respektéieren.

Wéi ee berühmten Adage seet, ass et d'Kultur, déi d'Ongläichheet tëschent de Mënschen ervirbruecht huet. An der eegeger Spezies hunn Differenzéierung a Spezialiséierung zu neie Forme vu Gerechtegkeet an Ongerechtegkeeten gefouert. Ënnert den Herrschaftsverhältnissen vun der dominanter Kultur haten déi Privilegiéiert éischerter Accès zu propperem Waasser, Hygiène a Bildung wéi déi manner Privilegiéiert. An dat ass haut net anescht. D'Natur an den Émgang mat hire Ressourcen ass ënnert der Herrschaft vum Mënsch eng elementar gesellschaftspolitesch a kulturell Fro.

Et ass keen Naturphänomen, datt déi aarm Leit souzesoe mat de Féiss am Waasser wunnen oder um Rand vun Dürregebieter a Wüsten. Si krute keng aner Wiel. De Versuch, d'Migratioun weltwäit an de Grëff ze kréien an deelweis ze kriminaliséieren ass eng vun den dramateschen Expressiounen vu Protektionismus an Exklusioun. Do wou mir als Caritas intervenéieren, ass de Klima oft rau an hostile. Dëst géllt esouwuel fir de klimatologeschen Aspekt ewéi fir de politeschen Aspekt vum Klima. Do wou Klimawandel oder Klimawissel um Ordre du Jour stinn, heefe sech d'Risikofaktore besonnesch fir

déi schwach Leit. Do wou d'Liewe vum Mënsch a seng gerecht Bedingungen um Spill stinn, ass d'Caritas vun hirem Objet hier gefuerdert.

De Kéisécker: Huet Caritas da scho Feedback vu senge Partner aus den Entwécklungslänner, datt dem Klimawandel seng Auswierkung spierbar sinn?

E. Gillen: Am Kader vum Projet „180° le virage climatique“ hu mir vun der ILRES ausgewielte Bierger a Biergerinne vu Lëtzebuerg a Groenland an an de Bangladesh geschéckt. D'Caritas am Bangladesh ass e laangjäreg Partner vun der Caritas Lëtzebuerg. Déi fir de Mënsch noutwenneg Harmonie tëschent Land, Waasser a Wand brécht ëmmer méi heefeg ausenaner a fuerdert hir Affer an der Natur an och um Mënsch. D'Heftegkeet an d'Zuel vun de Stierm hu weltwäit zougeholl. Wann haut manner Leit, beispillsweis am Bangladesh, bei esou Stierm hiert Liewe loossen, dann ass dat och e Verdingscht vun der Katastropheprävention déi d'Caritas do säit iwwert zing Joer leescht, z. B. duerch de Bau vu sougenannte „cyclone shelters“.



Do wou Klimawandel oder Klimawissel um Ordre du Jour stinn, heefe sech d'Risikofaktore besonnesch fir déi schwach Leit. Do wou d'Liewe vum Mënsch a seng gerecht Bedingungen um Spill stinn, ass d'Caritas vum hirem Objet hier gefuerdert.

De Kéisécker: Caritas an aner ONGen aus dem Entwécklungsberäich fäerten, datt an Zukunft Gelder aus der Entwécklungshëllef nëmmen nach an de Katastropheschutz fléissen. Wéi kann een dat verhënneren?

E. Gillen: An enger wuelverstanener Entwécklungszesummenaarbecht steet de Katastropheschutz net géint eng integral Entwécklung. Do wou d'Natur als Liewensraum fir de Mënsch geschützt muss ginn, geet dat an der Regel net laanscht de Mënsch selwer. De Schutz vun de Räiskulturen an de Leit hire Wunnechten, am Bangladesh zum Beispill, geet Hand an Hand. En adäquate Katastropheschutz am Kader vun der Kooperatioun beinhalt kuerz-, mëttel- a laangfristeg Usätz. D'Aarbecht vum Service „Coopération internationale“ vun der Caritas Lëtzebuerg ass zum Beispill entsprechend ausgeriicht.

De Kéisécker: Klimagerechtheet heiheim, ass dat och en Thema fir d'Caritas?

E. Gillen: Spéitstens säit der Finanz- a Wirtschaftskris wësse mir erëm, datt déi Liewensstandarden, déi vill Leit hei zu Lëtzebuerg kennen, héichgradeg vun internationale Kapitalflëss ofhängeg sinn. Mir wëssen awer och: Ee lokalen an isoléierte Problem an enger Nationalökonomie kann déi ganz Weltwirtschaft zum Wackelen, jo zum Zesummebréche bréngen. Grad esou kloer ass et, datt mir eis alleguerten op dëser Welt een an

deeselwechte Klima deele mussen. Mir liewe quasi an engem geschlossene System, wou d'Belaaschtung op eiser Sait gläichermoossen Auswierkungen op de gesamte System huet. Ënnert der Erkenntnis vun engem globale Klima verännere sech Gerechtheetsfroen a -parameteren däitlech. Gott sei Dank schingt et jo sou ze sinn, datt haut keng seriös Partei den Zesummenhang tëschent Klima a Gerechtheet weltwäit méi a Fro stellt. Gestridde gëtt ledeglech nach ëm déi richtig Mesuren. Dat ass ëmmerhin schonne e grouse Fortschritt. Eis geet et als Caritas

an der Klimagerechtheetsfro ëm déi Mënschen, déi dem gréisste Risiko ausgesat sinn. An dat sinn déi kleng Leit hei zu Lëtzebuerg, grad esou gutt wéi queesch uechtert d'Welt. Déi weltwäit geschëllte Klimagerechtheet däerf net op d'Käschte vun der Solidaritéit mat deene Schwaachen hei zu Land an international goen. De Prinzip vum „pollueur-payeur“ muss och an dësem Zesummenhang geléngen. A mir sollten de geschichtlechen Ausgangspunkt fir dës Gerechtheetsfro wäit genuch an eis industriell Zäitgeschicht setze goen.



Klimaschutz ass och eng Fro vu Gerechtheet.

© Foto M. Bodson



Armutsbekämpfung an emissionsfräit Liewen hunn allen zwee mat engem klore Versteedeméich vun Nohaltegkeet ze dinn

De Kéisécker: Ass ronderëm d'Thema Klimagerechtegkeet - Klimaschutz eng nei Allianz vun der Zivilgesellschaft néideg a méiglech?

E. Gillen: Eis ganz Gesellschaft ass zur Zait am Embroch. Al Clichéen a Grief wäerten eis wuel kaum weiderhëllef, déi bedrängend Froe vun onser Zait gemeinsam a konstruktiv unzegoen. Wann et kloer ass, dass de Konvergenzpunkt vun de verschidde thematischen Achsen vum zivilgesellschaftlechen Engagement d'Gerechtegkeetsfro ass, da läit et dach op der Hand, dass sech national an international Ëmwelt- a Solidaritéitsverbänn um selwechten Terrain erëmfannen. An esou neien Allianze läit net nëmme vill Kraaft fir Synergien. Et läit och ee Potential vu géigesäitegem Léieren an Unerkennen dran.

De Kéisécker: An anere Länner mécht d'Caritas extra Aktiounen fir och sozial méi schwach Leit an hire Beméiungen fir Energie spueren z'ënnerstëtzen. Wësst Dir, ob déi Succès hunn? Mengt Dir net och, et hätt Lëtzebuerg gutt zu Gesiicht gestanen ähnlech Moosnamen an de Konjunkturpak mat eran ze huelen?

E. Gillen: De Caritasverband Däitschland huet virun 2 Méint zesumme mat dem „Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands“ d'Aktioun „Stromspar-Check“ an d'Liewe geruff. Et ass nach ze fréi fir de gesamten Impakt vun dësem Programm miessen ze kënnen, mee et ass kloer, dass et eng sënnavoll Moosnam ass. Duerch e richtegen Ëmgang mat Elektroapparate kënnen manner bemëttelt

Haushalter bis zu 100€ pro Joer spueren. E weidere wichtigen Aspekt ass, dass déi sougenannte „Stromsparerhelfer“ Laangzäit-aarbeitsloser sinn a sou eng sënnavoll Beschäftigung kréien. Dëse Programm verbënnt also virbildlech wirtschaftlech, sozial an ökologesch Aspekter.

Armutsbekämpfung an emissionsfräit Liewen hunn allen zwee mat engem klore Versteedeméich vun Nohaltegkeet ze dinn. Emissionsaarm liewen däerf net en neie Luxus fir déi ginn, déi sech et leeschte kënnen. De sougenannte Konjunkturpak huet de Prinzip vun der Nohaltegkeet net genügend virun Aen, wëll en déi dräi Standbeen vun Nohaltegkeet - Ëmweltfrëndlechkeet, Sozialverträglechkeet a Wirtschaftlechkeet - net op een Nenner bréngt. Eis Aart a Weis fir ze wunnen a fir ze bauen zum Beispill biergt e grouss Verbesserungspotential dat net genügend genotzt ginn ass. De sozialpädagogeschen Aspekt vum Wunnen a Liewen ass net emol ugeschnidde ginn. Dobäi stieche grad am Liewens- an am Wunnraum vun de Mënsche grouss Léierméiglechkeete fir eng méi gerecht Gesellschaft heiheim an doriwwer eraus. Dazou hu mir an onsem Sozialalmanach 2009, dee grad erauskomm ass, entspreche Forderungen un d'Politik gestallt.

De Kéisécker: Merci fir den Interview



Grad am Liewens- an am Wunnraum vu Mënsche stieche grouss Léierméiglechkeete.



STUDIE ZUR FÖRDERUNG DER BIOLOGISCHEN LANDWIRTSCHAFT IN LUXEMBURG IM RAHMEN EINER LANDWIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESAMTSTRATEGIE

Seit Jahren setzen sich die Auftraggeber dieser Studie - „Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga“ und Mouvement Ecologique sowie die Fondation Hëllef fir d'Natur und die Stiftung Öko-Fonds für den Ausbau des Bio-Landbaus in Luxemburg ein.

Fakt ist, dass die Konsumenten hohes Interesse an biologischen Lebensmitteln zeigen, ein Interesse, das nach Ansicht der Auftraggeber in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen wird.

Fakt ist vor allem auch, dass aus ökologischer Sicht der Bio-Landbau die anzustrebende Form der landwirtschaftlichen Nutzung der Zukunft ist und dies sowohl im Sinne vom Landschafts-, Quellen- und Bodenschutz als auch als Beitrag zur Biodiversität.

Leider muss festgestellt werden, dass trotz der Ziele im Plan für eine nachhaltige Entwicklung (der einen Ausbau des Bio-Landbaus auf 10% für das Jahr 2020 anstrebt) und trotz der Anstrengungen der Vereini-

gungen im Biolandbau- bzw. im Umweltbereich, der Anteil der biologischen Landwirtschaft in Luxemburg derzeit erst bei 3% im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft liegt.

Die Auftraggeber sind dabei jedoch überzeugt, dass der biologische Landbau für die Landwirtschaft auch in Luxemburg erhebliche Chancen birgt und deshalb als Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft gelten sollte, sozusagen als „golden standard“.

Warum aber, so die Fragestellung, sind (noch) nicht mehr Landwirte bereit auf Biolandbau umzusteigen ... so die Grundfrage der Autoren der Studie. Was sind Hemmnisse? Welche Erwartungen haben die Landwirte? Wo haben sie Bedenken, wo Chancen? Wie schätzen die Biolandwirte selbst ihre Situation ein?

Es war den Auftraggebern dieser Studie ein Anliegen, die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen, d.h. die Landwirte. Des-

halb wurde die Universität Kassel mit einer diesbezüglichen Studie beauftragt. Es ist wohl in der Form einmalig für Luxemburg, dass traditionell und biologisch wirtschaftende Landwirte selbst so ausführlich zu Wort kamen und dass dies auch so umfassend dokumentiert wurde. Die Erkenntnisse aus geführten Interviews, Befragungen und Diskussionsrunden sind im Übrigen nicht nur aus der Sicht des Biolandbaus sehr aufschlussreich, sondern auch was die allgemeine Einschätzung der aktuellen landwirtschaftlichen Politik in Luxemburg betrifft.

Mouvement Ecologique, „Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga“ sowie die Stiftungen Hëllef fir d'Natur und Öko-Fonds erwarten, dass seitens der betroffenen Milieus – von der Politik bis hin zu Akteuren im landwirtschaftlichen Bereich – konkrete Schlüsse für die Landwirtschaftspolitik in der nächsten Legislaturperiode gezogen werden.

Zwei Fragen standen im Mittelpunkt der empirischen Analysen:

1. Weshalb zögern luxemburgische Landwirte, trotz der positiven Marktentwicklung für Ökoprodukte, ihre Betriebe umzustellen?
2. Mit welchen Maßnahmen kann eine tragfähige Ausdehnung des Biologischen Landbaus in effizienter Weise stimuliert werden?



1

Das Ziel: Vorschläge zur Stimulierung des Bio-Landbaus auf der Grundlage einer Befragung von Landwirten

Der Ausgangspunkt für die Durchführung dieser Studie war der Umstand, dass die Nachfrage nach Bioprodukten wächst und der Verbrauch bei einigen Produktgruppen die luxemburgische Erzeugung deutlich übersteigt. Dies hat zur Folge, dass neben einem Verlust an inländischer Wertschöpfung auch die positiven Effekte des Biologischen Landbaus in Belangen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes für die luxemburgische Volkswirtschaft nicht in vollem Maße zur Geltung kommen können. Die Studie soll einen Beitrag für eine verstärkte Nutzung der Wertschöpfungspotenziale des Biologischen Landbaus darstellen und dadurch zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit der luxemburgischen Landwirtschaft bei gleichzeitiger Steigerung der Nachhaltigkeit beitragen.

2

Die Vorgehensweise: Interviews und telefonische Befragungen mit Landwirten / Gruppendiskussionen mit interessierten Kreisen

Für die Durchführung der Studie wurde eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden der Sozialforschung gewählt. In der ersten Phase wurden zwischen Juli und September 2008 19 Landwirte vor Ort persönlich befragt.

Die Interviews wurden ausgewertet und dienten als Basis für die telefonische Befragung von 75 Landwirten und Winzern zwischen Dezember 2008 und März 2009. Von diesen Interviews wurden 57 ausführlich protokolliert.

In der Auswertung wurden somit insgesamt 94 Interviews (73 mit konventionell und 21 mit ökologisch wirtschaftenden Landwirten) berücksichtigt. Ergänzend wurden mit insgesamt 27 VertreterInnen des Landwirtschaftsministeriums, der technischen Dienste der Landwirtschaft, des „Service d'Economie Rurale“, des „Institut Viti-vinicole“, der Landwirtschaftskammer, der Bauern- und Winzerverbände, der Jungbauern und Jungwinzer, des landwirtschaftlichen Lyzeums, der Naturparkverwaltungen und von Umwelt- und Naturschutzverbänden Gruppendiskussionen über die Potenziale einer tragfähigen Ausdehnung des Biologischen Landbaus geführt. Daneben wurden auch die betriebswirtschaftlichen Bedingungen auf der Basis von Buchführungsergebnissen und Modellbetriebsvergleichen analysiert.

3

Überblick über die befragten Landwirte

Von den 94 befragten Landwirten bewirtschafteten sowohl 95 % der konventionell als auch der ökologisch wirtschaftenden Betriebsleiter ihre Betriebe im Haupt- und jeweils 5 % im Nebenerwerb. Im Durchschnitt werden auf den konventionell geführten Betrieben 125 ha (davon 54 % Ackerfläche) bewirtschaftet und auf den biologisch geführten 72 ha (davon 36 % Ackerfläche).

Die Betriebe sind somit überdurchschnittlich groß. Signifikante Unterschiede gibt es auch in den Betriebsausrichtungen: 66 % der konventionell wirtschaftenden, aber nur 24 % der ökologisch wirtschaftenden Betriebe produzieren Kuhmilch. Mutterkühe werden hingegen auf 39 % der konventionell und 52 % der biologisch geführten Betriebe gehalten und Schweine nur auf 13 % der konventionell, jedoch auf 24 % der ökologisch geführten Betriebe. Nur 2 % der konventionell wirtschaftenden Landwirte halten Geflügel, aber 24 % der Biolandwirte. Die Tierbestände auf konventionell geführten Betrieben waren in der Regel deutlich größer als die auf Biobetrieben.

4

Die landwirtschaftliche Entwicklung aus der Sicht der befragten Landwirte

Grundlegende Veränderungen der Lebensführung oder Arbeitsgestaltung werden in der Regel nur dann vorgenommen, wenn es gute Gründe dafür gibt. Wenn z. B. Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation besteht oder viel versprechende Alternativen bekannt sind. Deshalb wurde zunächst gefragt, wie Betriebsleiter die aktuelle Situation bewerten und welche Entwicklung sie erwarteten.

Die persönliche Befragung erfolgte im Sommer 2008 vor dem Hintergrund außergewöhnlich hoher Erzeugerpreise aber auch hoher Kosten für Energie und Betriebsmittel. Damit einher gingen Diskussionen über den Anbau nachwachsender Rohstoffe im Zusammenhang mit einer möglichen Verknappung von Nahrungsmitteln. Die gestiegenen Nahrungsmittelpreise trugen unter den meisten Landwirten zum Wachsen der Überzeugung bei, dass sich viele Konsumenten qualitativ hochwertige Nahrungsmittel nicht leisten können oder wollen.

Die telefonische Befragung im Winter 2008 war hingegen durch sinkende bzw. bereits stark gefallene Erzeugerpreise und trotzdem noch relativ hohen Kosten für Betriebsmittel gekennzeichnet. Hinzu kamen bei zahlreichen Betriebsleitern Befürchtungen, dass sich ihre Einkommenssituation angesichts

der Diskussionen über die Kürzung staatlicher Zahlungen und den Wegfall der Milchquoten weiter verschlechtern könnte.

Viele Landwirte waren der Ansicht, dass luxemburgische Betriebe aufgrund der strukturellen und naturräumlichen Voraussetzungen sowie der hohen Lohnkosten nicht mit jenen in günstigen Lagen konkurrenzfähig sind. Insbesondere der hohe bürokratische Aufwand und Einschränkungen durch Umwelt- und Bauauflagen würden zu einer zusätzlichen und vermeidbaren Verringerung der Konkurrenzfähigkeit beitragen. Deshalb wird von 80 % der konventionell und 91 % der ökologisch wirtschaftenden Landwirte der Ausbau regionaler Vermarktungsstrukturen begrüßt (z. B. durch Qualitätslabel). Wobei jedoch nur ein Viertel der konventionell und ca. zwei Drittel der ökologisch wirtschaftenden Landwirte glauben, dass der Markt für hochpreisige Nahrungsmittel wachsen wird.

5

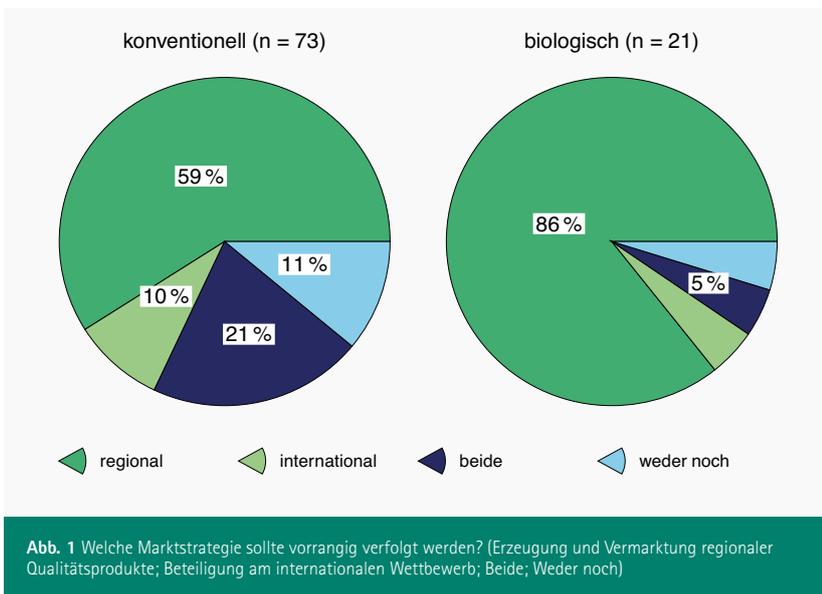
Zufriedenheit, Probleme und Entwicklungsbestrebungen der befragten konventionell wirtschaftenden Landwirte

Auf die Frage, wie zufrieden konventionell wirtschaftende Landwirte mit ihrem Betrieb und seiner Entwicklung sind, gaben 60 % der Landwirte an, dass sie mit der Arbeit selbst zufrieden oder gar sehr zufrieden sind. Auf explizite Nachfrage wurde jedoch von vielen ergänzt, dass sie mit den Bedingungen (z. B. Erzeugerpreise, Betriebsmittel- und Energiepreise, staatliche Zahlungen, Aufzeichnungspflichten, Kontrollen) unzufrieden sind. Einzelne Landwirte betonten jedoch, dass das Maß an Zufriedenheit auch von der eigenen Lebensweise (z. B. soziale Einbindung, Freizeitaktivitäten) und der Art der Betriebsführung (z. B. hohe Ratenzahlungen für Investitionen) abhängt.

Zahlreiche Landwirte vermissen angemessene Wertschätzung für ihre Arbeit und wollen nicht als Subventionsempfänger abgewertet werden. Der größte Teil bevorzugt deshalb, das Einkommen durch höhere Preise zu erwirtschaften und nicht von staatlichen Zahlungen abhängig zu sein. In Verbindung mit der Wirtschaftskrise und Preisentwicklung, dem wahrscheinlichen Wegfallen der Milchquote und der Diskussion über die Senkung staatlicher Zahlungen ergibt sich auch das Problem unzureichender Planungssicherheit. Die befragten Landwirte sahen angesichts dieser Bedingungen entweder nur die Möglichkeit abzuwarten oder weiter zu wachsen, sich stärker zu spezialisieren oder die aktuelle Betriebsführung weiter zu optimieren und effizienter zu gestalten.

Insbesondere in jenen Fällen, in denen die Hofnachfolge nicht gesichert ist oder der Hofnachfolger in wenigen Jahren den Betrieb übernehmen wird, werden in der Regel keine größeren Veränderungen in Erwägung gezogen.

Von den 40 % der traditionell wirtschaftenden Landwirte, die wenig oder nicht zufrieden sind, prüft ein Teil Möglichkeiten für betriebliche Veränderungen. Welche Rolle der Biologische Landbau dabei spielen kann,



hängt davon ab, ob er für die wichtigsten Problembereiche Verbesserungen in Aussicht stellt.

Bemerkenswert ist zudem, dass 94 % der befragten konventionell wirtschaftenden Betriebsleiter an Agrarumwelt- oder Biodiversitätsprogrammen teilnehmen. Den bürokratischen Aufwand, der mit der Teilnahme an diesen Programme verbunden ist, empfinden viele Landwirte jedoch unangemessen hoch. Von einzelnen Landwirten wird zudem eine angemessene Unterstützung durch Politik und Verwaltung beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und entsprechendes Engagement für die Landwirtschaft vermisst.

6

Unterschiedliche Sichten zu den Entwicklungsperspektiven der Biologischen Landwirtschaft

Wenn Landwirte eine Umstellung ihres Betriebes überlegen, vergleichen sie die Entwicklungsperspektiven bei biologischer und konventioneller Betriebsführung. Die Umstellungsentscheidung basiert also weitgehend auf Annahmen über die künftige Entwicklung in Relation zu den Entwicklungsbedingungen für die aktuelle Praxis. Welche Entwicklungschancen sich im Falle der ökologischen Betriebsführung ergeben, wird insbesondere aus den aktuellen Erfolgen und Problemen biologisch wirtschaftender Landwirte geschlossen.

Bezüglich der Entwicklung des Biomarktes waren die meisten konventionell wirtschaftenden Landwirte davon überzeugt, dass diese von der konjunkturellen Entwicklung abhängig ist. Je ein Drittel der befragten Betriebsleiter geht davon aus, dass der Biomarkt insgesamt eher wachsen oder stagnieren wird. Vergleicht man dies mit der Einschätzung der biologisch wirtschaftenden Kollegen zeigen sich deutliche Unterschiede: 71 % gehen jedoch davon aus, dass der Markt weiter wachsen wird und nur einer von 21 Biolandwirten erwartet ein Schrumpfen des Biomarktes.

Sehr viele Landwirte kamen darauf zu sprechen, dass der Anteil jener Konsumenten wächst, die billige Nahrungsmittel bevorzu-

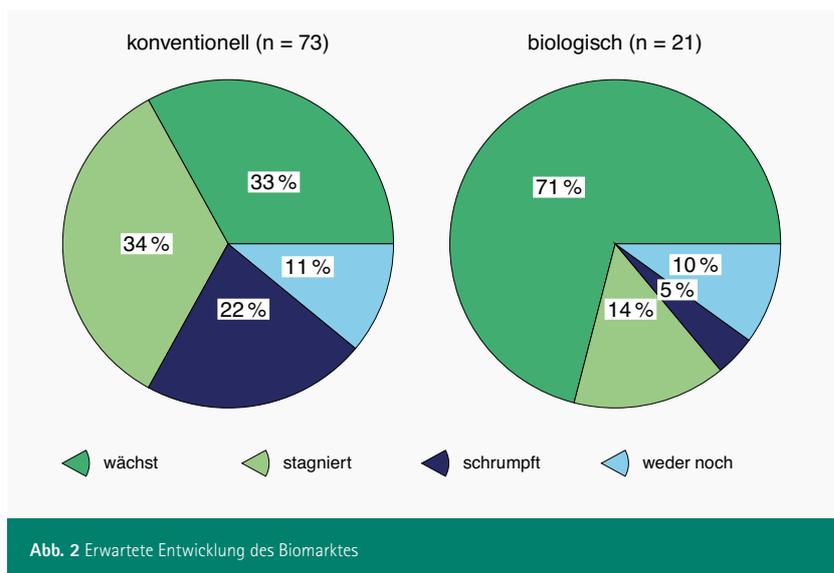


Abb. 2 Erwartete Entwicklung des Biomarktes

gen oder sich teure nicht leisten können. Insbesondere die Ökolandwirte und jene konventionell wirtschaftenden, die auf regionale Vermarktung setzen, glauben jedoch, dass auf der anderen Seite der Markt für Qualitätserzeugnisse ebenfalls wachsen wird. Von jenen Landwirten, die im Interview auf den Ökofleisch- und Ökomilchmarkt Bezug genommen haben, wurde von einer schwierigen Situation bzw. von Vermarktungsproblemen gesprochen. Wobei bei der Ökomilch viele Landwirte davon ausgehen, dass es durch die Einführung neuer Produktlinien das umgekehrte Problem geben könnte: zu wenig luxemburgische Öko-Milch.

Weitgehende Übereinstimmung zwischen biologisch und konventionell wirtschaften-

den Landwirten zeigte sich auch bezüglich der Überzeugung, dass ein Überangebot an Ökoprodukten zu einem Preisverfall führen würde. Bei Maßnahmen zur Stimulierung der Erzeugung sollte nach Meinung dieser Landwirte, deshalb auch stets der Ökomarkt ausgebaut werden, damit es nicht zu einem Verfall der Preise kommt.

7

Zufriedenheit, Probleme und Entwicklungsbestrebungen von Biolandwirten

Im Vergleich zu ihren traditionell wirtschaftenden Kollegen, beantworteten Biolandwirte die Frage nach ihrer Zufriedenheit mit der betrieblichen Entwicklung deutlich positiver: 20 von 21 Landwirten sind mit ihrer Arbeit und ihrem Betrieb zufrieden oder sehr zufrieden. Sie waren auch durchwegs zufriedener (24 %) oder gar viel zufriedener (67 %) als vor der Umstellung. Dennoch berichteten auch Biolandwirte über Herausforderungen, insbesondere bei der Vermarktung von Rindfleisch. Ein Bereich der einzelnen Biolandwirten in ähnlicher Weise Probleme bereitet wie konventionell wirtschaftenden Landwirten sind Einschränkungen durch Richtlinien und die Durchführung von Kontrollen sowie die unzureichende politische Unterstützung und Planungssicherheit.

Je nach Zufriedenheit und Erfolg mit der bisherigen Arbeit, wollen Biolandwirte ihre Arbeit fortsetzen wie bisher oder entsprechende Veränderungen vornehmen. Im Falle von anstehenden Herausforderungen, die derzeit schon zu bewältigen sind bzw. die erwartet werden, sind die betrieblichen Strategien neben der Verbesserung der Vermarktung sowie von Kundenkontakten bei einigen Biolandwirten ähnlich wie bei konventionell wirtschaftenden Landwirten: spezialisieren, wachsen und optimieren, um den Arbeitsaufwand zu verringern.

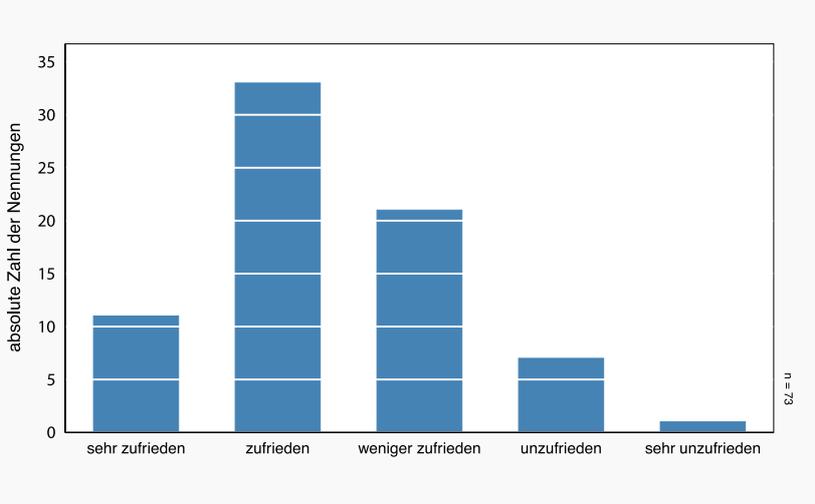


Abb. 3 Zufriedenheit konventionell wirtschaftender Betriebsleiter mit der Entwicklung ihrer Betriebe

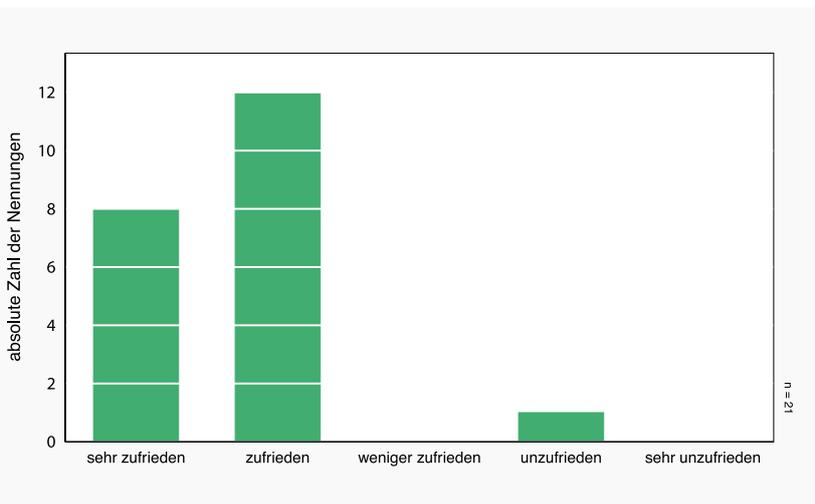


Abb. 4 Zufriedenheit ökologisch wirtschaftender Landwirte mit ihrem Betrieb und der betrieblichen Entwicklung

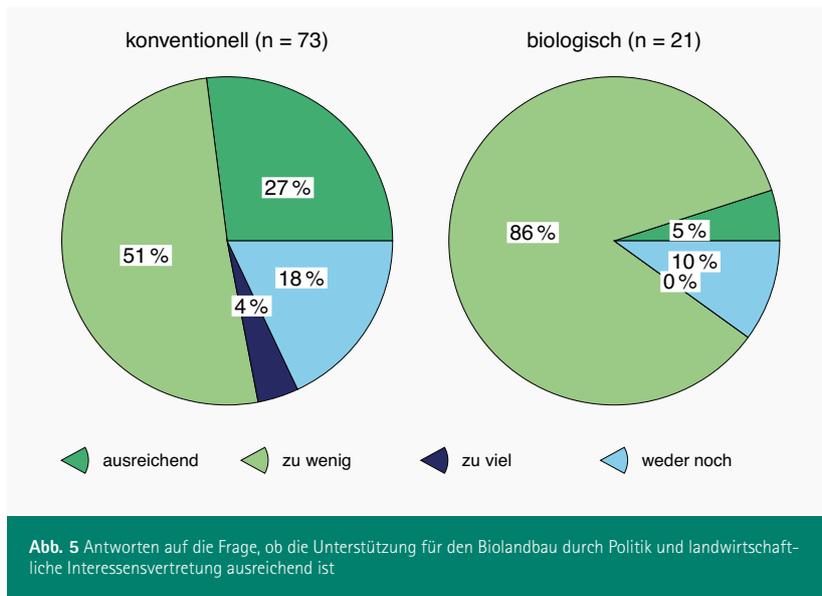
8

Bewertung einer Ausdehnung der Biologischen Landwirtschaft aus der Sicht der Biolandwirte

Eine weitere Ausdehnung des Biolandbaus wird von allen Biolandwirten begrüßt oder aktiv unterstützt. Das gilt vor allem dann, wenn Landwirte aus Interesse an den Anliegen des Biolandbaus umstellen und die Grundsätze der Biologischen Landwirtschaft aus Überzeugung mittragen. Bei vielen Antworten ist jedoch eine gewisse Ambivalenz erkennbar. Denn neben der Freude über eine Ausdehnung des Biolandbaus und der Effekte, die dann zu erwarten sind, schwingt bei vielen Antworten auch die Angst vor Überproduktion und Preisverfall mit. Einzelne Biolandwirte, die Rinder halten, wären von

der Umstellung weiterer Rindfleisch erzeugender Betriebe nicht begeistert, wenn es nicht gelingt, zusätzliche Marktpotenziale zu erschließen.

Insgesamt ist die Bereitschaft sehr groß, umstellungsinteressierten bzw. umstellenden Landwirten durch Gespräche und konkrete Zusammenarbeit behilflich zu sein. Die meisten Biolandwirte berichteten auch davon, dass sie versuchen weitere Landwirte zur Umstellung zu motivieren. Die Unterstützung durch Politik und Bauernvertretung ist nach Meinung von 86 % der Biolandwirte nicht



ausreichend. Diese Ansicht wird auch von 51 % der konventionell wirtschaftenden Kollegen geteilt. Auch staatliche Zahlungen für den Biolandbau sind nach Ansicht von 15 der 21 befragten Biolandwirte (71 %) zu niedrig. Nur 36 % der traditionell wirtschaftenden Landwirte stimmen dieser Einschätzung zu. Weitgehende Übereinstimmung herrscht jedoch darüber, dass eine deutliche Erhöhung staatlicher Zahlungen für den Biologischen Landbau falsche Anreize für das Umstellen weiterer Betriebe schaffen würde.

9

Motive und Hemmnisse für die Umstellung auf Biologischen Landbau

Das Ergebnis des Vergleichs der Bedingungen für die konventionelle und biologische Betriebsführung fällt nur für wenige Landwirte so verlockend aus, dass sie sich intensiver für den Biologischen Landbau oder eine Umstellung interessieren. Deshalb hat nur ca. die Hälfte der befragten konventionell wirtschaftenden Landwirte schon einmal mehr oder weniger ernsthaft über eine Umstellung auf Biologischen Landbau nachgedacht. Die Umstellung kommt derzeit allerdings nur für 11 Landwirte (15 %), die insgesamt eine Fläche von ca. 970 ha bewirtschaften, nach wie vor in Frage.

Betriebswirtschaftliche Vergleiche, die im Rahmen dieser Studie durchgeführt wurden, ergaben, dass die betriebswirtschaftliche

Vorteilhaftigkeit einer Umstellung individuell sehr unterschiedlich ausfällt. Ob sie für oder gegen eine Umstellung spricht, hängt davon ab, welche Erträge und Preise der jeweilige Landwirt im Falle einer Umstellung für erreichbar hält bzw. welche Annahmen von Experten oder Beratern er realistisch und glaubwürdig findet. Bei dieser Bewertung können Betriebsleiter nicht auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen, sondern müssen ihre Annahmen auf der Basis von eigenen Versuchen, Beobachtungen bei anderen Biolandwirten, Beratungsempfehlungen bzw. Betriebskalkulationen von Umstellungsberatern, öffentlich zugänglichen Daten oder anderen verfügbaren Durchschnittswerten treffen.

Welche Annahmen ein Landwirt trifft, hängt entscheidend vom fachlichen „Selbstvertrauen“ ab und davon, ob er überzeugt ist, die Durchschnittswerte von anderen Betrieben auch sicher erreichen zu können bzw. wie viele Sicherheitsreserven er zusätzlich einplanen möchte, falls nicht alles so klappen sollte wie bei Kollegen. Eine Ausnahme stellt die Bioprämie dar. Sie bietet zwar für den Garantiezeitraum von 5 Jahren eine sichere Einnahmequelle, für die Zeit danach ist sie jedoch ein kaum beeinflussbarer Risikofaktor, der umfangreiche Investitionen und langfristige Planungen erschwert. Andere staatliche Zahlungen in Agrarumwelt- oder Biodiversitätsprogrammen, die Biolandwirten neben der Bioprämie nicht für eine Teilnahme offen stehen, spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Ermittlung der

betriebswirtschaftlichen Vorzüglichkeit. Dies gilt insbesondere dann, wenn von konventionell wirtschaftenden Landwirten ähnliche Förderhöhen erreicht werden können, wie von Biolandwirten, jedoch geringere Hürden zu bewältigen sind, weil die Maßnahmen nur für Flächen mit geringem Ertragspotenzial beantragt werden und nicht für den gesamten Betrieb.

Die Berechnungen und Befragungsergebnisse bestätigen somit die ausschlaggebende Bedeutung des Risikos, das mit der Umstellung verbunden ist. Mit Risiko ist gemeint, dass es einem Landwirt mangels Erfahrung und Fachkenntnis nicht gelingen könnte, ausreichende Erträge und Erzeugerpreise zu erzielen. Um für die Bewältigbarkeit dieses Risikos Sicherheit zu gewinnen, sind Biolandwirte besonders wichtig, die erfolgreich unter vergleichbaren Bedingungen wirtschaften und bereit sind, bei Fragen oder Problemen zur Seite zu stehen. Denn Landwirte messen dem, was sie sehen und erleben können, mehr Bedeutung zu, als dem, was ihnen von Beratern oder Dritten, die sie nicht kennen, berichtet wird. Das erklärt auch die besondere Bedeutung von Nachbarschaftseffekten bei der Ausdehnung des Biolandbaus. Sie konnte in Deutschland sogar statistisch nachgewiesen werden.

Bei Landwirten, die eine Umstellung schon einmal in Erwägung gezogen haben, ist es in der Regel ein Bündel von Gründen, die gegen die Umstellung sprechen. Je nach Zusammensetzung dieses Bündels haben einzelne Gründe im Vergleich zwischen den Landwirten unterschiedliche Bedeutung. Deshalb ist es nicht sinnvoll eine Reihung der Einzelgründe nach ihrer durchschnittlichen Bedeutung für die Umstellungsentscheidung vorzunehmen. Angemessener ist vielmehr je nach Kenntnisstand und Interesse, drei Gruppen zu bilden. Diese können folgendermaßen charakterisiert werden:

1. Landwirte, die eine Umstellung bisher noch nicht in Erwägung gezogen haben, äußern eher grundlegende Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Machbarkeit des Biolandbaus und begründen diese Einschätzung häufig mit relativ unkonkreten, wenig auf die betrieblichen Voraussetzungen bezogenen Aussagen.

Strategien für die Ausdehnung des Biologischen Landbaus

2. Landwirte, die sich bereits über den Biolandbau ausführlicher informiert haben, für die diese jedoch nicht mehr in Frage kommt, sind häufig der Ansicht, dass eine Umstellung keine Vorteile, sondern eher Nachteile und keine Verbesserung des Betriebsergebnisses bringt und mit einem großen Risiko verbunden sind und zudem nicht den eigenen Vorstellungen von Landwirtschaft entspricht. Hinzu kommen höhere Anforderungen (Wissen, Kontrolle, Vermarktung, Arbeitsaufwand) und höhere Abhängigkeit von Ausgleichszahlungen und der Politik bzw. zu geringer Rückhalt bei Politik und Bauernverbänden.

3. Jene 15 Prozent der Landwirte, für die eine Umstellung nach wie vor in Frage kommt, nannten hingegen konkretere Hindernisse bzw. erwarten Probleme im Ackerbau, der Tierhaltung und Tiergesundheit oder nehmen auf konkrete betriebliche Voraussetzungen Bezug, die es derzeit nicht ermöglichen, richtlinienkonform zu wirtschaften (z. B. wegen Ortslage kein Auslauf für die Tiere möglich). Häufig sind diese Landwirte zwischen Gründen für und gegen die Umstellung stark hin und her gerissen.

Die Biologische Landwirtschaft stellt eher nur für bestimmte Landwirte eine betriebliche Alternative dar: Für Landwirte, die einen Veränderungswunsch hegen bzw. Veränderungsdruck ausgesetzt sind oder für Landwirte, die sich durch Innovationsfreudigkeit und Offenheit für ökologische Themen hervorheben. Diese Voraussetzungen können jedoch auch durch eine besondere soziale Einbindung in das Netzwerk des Biologischen Landbaus ausgeglichen werden. Zu bedenken ist auch, dass Maßnahmen zur Ausdehnung der Biologischen Landwirtschaft erst mit entsprechender zeitlicher Verzögerung voll greifen, weil die Entscheidung über die Umstellung unter Umständen mehrere Jahre zum Reifen braucht.

Knapp vor Fertigstellung dieser Studie wurde der luxemburgische Aktionsplan „Biologische Landwirtschaft“ veröffentlicht. Im Aktionsplan sind für 2009 vor allem informatorische Maßnahmen geplant, die Landwirten die Auseinandersetzung mit dem Biologischen Landbau erleichtern und der Verbraucherinformation dienen sollen. Einzelne Maßnahmen zielen ergänzend auf eine weitere Professionalisierung des Biologischen Landbaus ab. Letztere sind angesichts der vorliegenden Ergebnisse in Verbindung

mit dem Abbau sozialer, ideologischer und struktureller Barrieren sowie einer Verbesserung der Rahmenbedingungen der Schlüssel für eine nennenswerte Ausdehnung und eine ausreichende Versorgung mit luxemburgischen Bioprodukten.

Aufgrund der Erkenntnisse der Studie wird für die nachhaltige Ausdehnung des Biologischen Landbaus und die Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Luxemburgischen Landwirtschaft ein integriertes Vorgehen vorgeschlagen, das sich aus 4 Säulen zusammensetzt. Dieses Vorgehen wurde mit 27 VertreterInnen von Bauern- und Winzerverbänden, Ministerien, Verwaltung, Bildung, sowie Umwelt- und Naturschutzverbänden diskutiert. Dabei zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung, wobei in allen Diskussionsrunden, insbesondere jedoch von VertreterInnen der Bauern- und Winzerverbände, auf den Bedarf einer Verbesserung der Kommunikation zwischen traditionell und biologisch wirtschaftenden Landwirten bzw. deren Organisationen hingewiesen wurde.

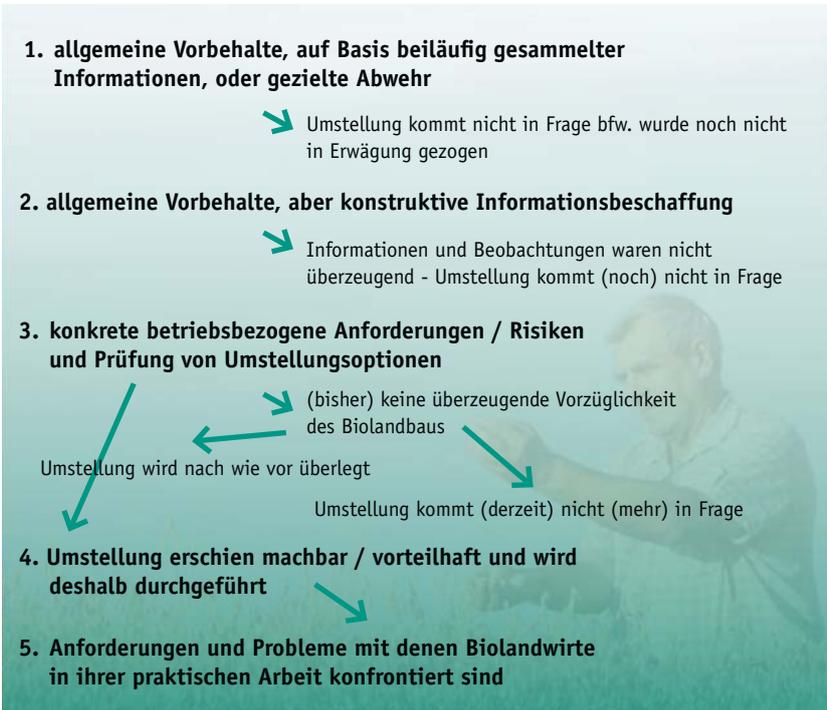


Abb. 6
Fünf Phasen der Umstellung auf Biologischen Landbau - Gruppierung von Landwirten anhand ihres Kenntnisstandes und Interesses am Biologischen Landbau (Phase 1 - 3 konventionelle Wirtschaftsweise; Phase 4 Umstellung; Phase 5 Biologische Wirtschaftsweise)



SÄULE 1

Kommunikation und Kooperation in einer gemeinsamen, naturschutzfreundlichen Regionalstrategie

Die Ausdehnung der Biologischen Landwirtschaft sollte Teil einer umfassenden Strategie sein, die auf eine Verbesserung der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der gesamten luxemburgischen Landwirtschaft abzielt, die sich stärker am Bedarf luxemburgischer Verbraucher orientiert und die inländische Wertschöpfung im Ernährungssektor erhöht.

Das Kernelement dieser Strategie wäre der Ausbau der regionalen Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, bei deren Erzeugung neben hoher Lebensmittelqualität und Nachhaltigkeit auch auf die sozio-ökonomischen Bedürfnisse/Verhältnisse der Bäuerinnen und Bauern geachtet wird. Dies setzt voraus, dass die Auswirkungen der heutigen, gängigen Produktion auf das Klima, die Artenvielfalt, das Landschaftsbild und die Umwelt, ihre Energieeffizienz, der „versteckte“ Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln und die Auswirkungen von Pestiziden und chemischen Düngemitteln nach aktuellem Stand des Wissens ehrlich und kritisch von allen Beteiligten des Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektors diskutiert werden.

Denn erst auf dieser Basis können mess- und kontrollierbare Kriterien für Erzeugung und Verarbeitung definiert werden, die von allen Landwirten nicht nur akzeptiert sondern auch aktiv mitgetragen werden und die Verbrauchern nachvollziehbar vermittelbar sind. Auf diese Weise kann es eher gelingen, gemeinsam den Mehrwert regionaler Qualitätserzeugnisse für Konsumenten überzeugend darzustellen und der höheren Qualität und dem höheren Aufwand angemessene Preise zu erzielen. Denn die leichte Nachvollziehbarkeit des Mehrwerts teurer Produkte ist die Voraussetzung für ihre erfolgreiche Positionierung am Markt. Ergänzend könnten auch Informationen über die

Funktionen der Landwirtschaft vermittelt werden, damit luxemburgische Konsumenten wieder mehr Bezug zur Herkunft ihrer Lebensmittel bekommen und auch erkennen können, welche Bedeutung die Landwirtschaft für ihre Umwelt und ihren Lebensraum hat. Da Verbraucher für Themen des Natur- und Umweltschutzes sensibilisiert sind, kann das Image der Landwirtschaft und der Bäuerinnen auf diese Weise spürbar verbessert werden.

Diese Strategie wäre von VertreterInnen der konventionellen und biologischen Lebensmittelwirtschaft in enger Zusammenarbeit mit VertreterInnen politischer Organisationen, der Verwaltung, sowie von Verbraucherorganisationen, Umwelt- und anderen Verbänden zu entwickeln, damit sie nicht nur seitens der Biologischen Lebensmittelwirtschaft gewollt und unterstützt wird, sondern von möglichst allen Kräften in der luxemburgischen Landwirtschaft.

Ein Ziel bzw. ein Effekt dieser Strategie wäre die Erschließung von Synergien zwischen der konventionellen und ökologischen Lebensmittelwirtschaft, damit ein kooperatives Miteinander weiter ausgebaut wird, das für alle luxemburgischen Bauern und Verbraucher aber auch die Umwelt von Vorteil ist.

SÄULE 2

Unterstützung vorhandener Biobetriebe und Nutzung ihrer Vorbildwirkung

Die beste Werbung für den Biolandbau und das nachhaltigste Mittel für eine weitere Ausdehnung sind professionelle und erfolgreich wirtschaftende Biolandwirte. Biolandwirte mit Problemen haben hingegen eine stark bremsende Wirkung für die Ausdehnung. Hier könnte mit kostenlosen bzw. staatlich geförderten Beratungsangeboten für Biobetriebe mit Problemen oder die Förderung des Wissensaustauschs zwischen Biolandwirten gegengesteuert werden.

Ein anderer Ansatzpunkt wäre die Verbesserung des Kontrollsystems z. B. durch die Einbeziehung von Biolandwirten, wie bei Demeter in Bayern. Dort werden die Verbandskontrollen von Vertretern der Kontrolle und Biobauern des Verbandes gemeinsam durchgeführt und zielen neben der Kontrolle auch darauf ab, Biolandwirte bei der Weiterentwicklung und Optimierung ihrer Betriebe zu unterstützen. So könnten bestehende Probleme eher gelöst und ein höheres Maß an Professionalität erreicht werden.

Ein anderer Bereich der direkten Arbeit mit Landwirten ist die Weiterentwicklung der Beratung. Hierfür könnten die bestehenden Ansätze der Bioberatung in Richtung Netzwirkbildung ausgebaut und die Zusammenarbeit im Dreieck zwischen Bio-Beratern, Biolandwirten und umstellungsinteressierten Landwirten intensiviert werden. Denn die Förderung des Kontakts und der Zusammenarbeit zwischen Biolandwirten und umstellungsinteressierten Betriebsleitern vermittelt letzteren Sicherheit und erleichtert damit sowohl die Umstellungsentscheidung als auch die erfolgreiche Etablierung als Biolandwirt.



SÄULE 3

Ausbau der Vermarktungspotenziale und Verbesserung der Konsumenteninformation

Dieser Ansatz bzw. diese Säule steht in besonders enger Verbindung mit der ersten. Ein Ansatz für den Ausbau der Vermarktungspotenziale ist die Verbesserung und Professionalisierung bestehender regionaler und nationaler Strukturen, z. B. durch die Zusammenarbeit von Vermarktungsinitiativen des Biologischen Landbaus mit jenen für andere kontrollierte Qualitätserzeugnisse. Eine derartige Zusammenarbeit würde von vielen Landwirten begrüßt werden. Durch eine derartige Zusammenarbeit könnten Konsumenteninformation über Landwirtschaft gebündelt und als Teil davon auch Informationen für Bioprodukte verbreitet werden.

Diese Zusammenarbeit könnte auch Kern einer nationalen Strategie zur Verbreitung von umfassenden sachlichen Informationen über die Bedeutung und Funktionen der Landwirtschaft sowie über ihre Leistungen und Entwicklungspotenziale sein. Durch ansprechende und leicht verständliche Informationen kann der Rückhalt der Landwirtschaft und auch der Biologischen Landwirtschaft in der Gesellschaft gestärkt werden.



SÄULE 4

Anpassung der Höhe staatlicher Zahlungen für Biobetriebe

Die Höhe staatlicher Zahlungen für biologisch wirtschaftende Landwirte ist ein sensibles Thema, das sorgsam behandelt werden sollte. Es scheint sehr wichtig zu sein, die Höhe so festzulegen, dass eine Ungleichbehandlung vermieden und erbrachte gesellschaftliche Leistungen angemessen honoriert werden, sowohl im Vergleich zu konventionell wirtschaftenden Landwirten, die Zahlungen für Agrarumwelt-, oder Biodiversitätsprogramme erhalten, als auch in Relation zu Betrieben im Ausland.

Dies könnte auf Basis umfangreicher, nachvollziehbar veröffentlichter Berechnungen gelingen, die in einem intensiven Diskussionsprozess mit VertreterInnen von konventionell und ökologisch wirtschaftenden Landwirten erstellt werden. Die erforderliche Höhe der Ausgleichszahlungen ist zudem eng mit der Höhe und Stabilität der erzielbaren Bio-Erzeugerpreise verknüpft.

Bestrebungen zur Ausdehnung der Erzeugung sind in jedem Fall mit einer aktiven Entwicklung des Biomarktes zu verknüpfen (Säule 3), insbesondere für Produktgruppen, für die derzeit Absatzprobleme bestehen. Neben der Höhe der Zahlungen, wäre jedoch auch ihre Zuverlässigkeit bzw. der Garantiezeitraum zu diskutieren und der politische Rückhalt zu verbessern. Denn neben der Befürchtung von Landwirten, dass Ausgleichszahlungen gesenkt werden könnten, ist vor allem die psychologische Wirkung der politischen Unterstützung bei der Ausdehnung der Biologischen Landwirtschaft von großer Bedeutung. Ähnliches gilt auch für die Zahlungen im Rahmen von Agrarumwelt- und Biodiversitätsprogrammen.

Gesunde Lebensführung für Haut und Haar

M. D. Buttek
 May  Dötsch
 Naturkosmetik an Naturfrisör
 Tel. 35 92 17

15, rue de Luxembourg
 L-5314 Contern Fax: 35 64 51

Ech sin op:
 Mëttwochs: 8:30 - 12:00 14:00 - 20:00
 Donneschtes: 14:00 - 18:00
 Freides: 8:30 - 20:00
 Samschdes: 8:30 - 12:00

Kein Tag ohne wohltuende Düfte und gesunde Raumatmosphäre. 100 % naturreine ätherische Öle dienen Ihrem Wohlbefinden und entspannen. Sie pflegen Körper, Geist, Seele und den Gaumen.



Ich arbeite mit natürlichen Produkten, Basisfetten und -ölen sowie mit Essenzen und Hydrolater. Ich färbe die Haare mit Pflanzenfarben und -extrakten.

Bei mir finden Sie Ruhe zum Stillen Ihres Babys sowie eine Spielecke für Ihre Kinder. In der giftfreien und entspannenden Atmosphäre können Sie sich wohlfühlen.

Große Auswahl an naturkosmetischen und Geschenkartikeln:

Primavera, Martina Gebhard, CULUMNATURA, farfalla, Avalon, Alva, Sodasan, Himalya-Salz, Vielharmonie, Bücher, ODIN, Feige, Duftlampen, -brunnen, -steine, Bade- und Körperöle, Räucherstäbchen, -kräuter und Harze.

Bestellungen für Mischungen aus ätherischen Ölen nach Inge Stadelmann aus den Apotheken in Kempten und Karlsruhe sowie Rosenkugeln für Frauen von Nadja Meffert, Stadtapotheke Baden-Baden.



Politische Schlußfolgerungen

«Letzeburger Natur- a Vulleschutzliga» und Mouvement Ecologique ziehen aus der Studie über die Zukunftsperspektiven des biologischen Landbaus folgende Schlußfolgerungen:

1. Die Förderung der biologischen Landwirtschaft setzt eine **verstärkte politische Unterstützung** voraus, dies sowohl auf der Ebene der gesamten Regierung als im Besonderen auf derjenigen des Landwirtschaftsministeriums.

2. Dies bedingt u.a., dass die biologische Landwirtschaft politisch und auch in der Praxis als **vollwertiges und besonders zukunfts-trächtiges Standbein einer landwirtschaftlichen Regionalstrategie Luxemburgs** angesehen wird. Diese muss sich konsequent an den Zielen der nachhaltigen Entwicklung und am Bedarf der luxemburgischen VerbraucherInnen orientieren. Die Potenziale für inländische Wertschöpfung im Ernährungssektor werden besonders im Biologischen Landbau zu wenig genutzt und es gilt dies zu verbessern. Diese Strategie sollte von allen Akteuren (konventionelle und biologische landwirtschaftliche Organisationen, Verwaltungen, Verbraucher- und Umweltverbände) in einem **strukturierten Prozess** diskutiert und verabschiedet werden.

3. Im Hinblick auf eine gemeinsame Strategie, in deren Mittelpunkt der Ausbau der regionalen Versorgung mit hochwertigen, nachhaltig erzeugten Qualitätsprodukten, einer nachhaltigen Bewirtschaftung und eine Sicherung der sozio-ökonomischen Bedürfnisse und Verhältnisse der Landwirte stehen, muss die **Kommunikation zwischen konventionell und biologisch wirtschaftenden Landwirten bzw. deren Organisationen** weiter ausgebaut werden. Dies auch mit dem erklärten Ziel **Synergien zwischen der konventionellen und der biologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft** im Sinne einer zukünftigen intensiven Kooperation zu erschließen.

4. Eine **gezielte Informationsarbeit** ist notwendig, um den **Konsumenten** von dem gesundheitlichen und gesellschaftlichen Mehrwert regionaler und ökologisch erzeugter Qualitätsprodukte zu überzeugen und dem höheren Aufwand und der höheren gesamtheitlichen Qualität entsprechende Preise für den Landwirt zu erzielen. Dies setzt **mess- und kontrollierbare** Kriterien für Erzeugung und Verarbeitung voraus, die von allen Landwirten aktiv getragen werden.

5. Die Studie zeigt, dass die Vorstellungen über die biologische Landwirtschaft bei sowohl den jungen als auch älteren Bauern sehr unterschiedlich sind und starke Vorurteile bzw. Abwehrhaltungen bestehen. Es gilt diese zu diskutieren und die Weiterentwicklung einer **professionellen staatlich geförderten Beratung u.a. durch Bildung eines Netzwerkes und der Zusammenarbeit zwischen Bio-Beratern und anderen Experten, Biolandwirten und umstellungsinteressierten Landwirten** zu fördern. Auch der Ausbildung der jungen angehenden Landwirte soll größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Junge Landwirte sollten sich schon in der Ausbildung unvoreingenommen mit der Biologischen Landwirtschaft befassen können, um sich selbst ein Bild von den Vorteilen für sie selbst und die Umwelt machen zu können. Die Beratung für biologischen Landbau soll auch weiterhin unterstützt und ausgebaut werden. Auch die gängige konventionelle Beratung soll dem Biolandbau, angesichts der schlechten Lage in der Landwirtschaft allgemein und dem positiven Potential in der Biologischen Landwirtschaft, in ihren Beratungen und Planungen mit einbeziehen.

6. Eine **Anpassung der Höhe staatlicher Zahlungen für Bio-Betriebe** sollte auf der Grundlage nachvollziehbarer und veröffentlichter Berechnungen und im Rahmen eines Diskussionsprozesses mit VertreterInnen von konventionell und biologisch wirtschaftenden Landwirten erörtert werden.

7. Wenn das Ziel verfolgt wird, die inländische Wertschöpfung in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelverarbeitung zu erhöhen, ist es nahe liegend, die **Vermarktungspotenziale** für hochpreisige Produkte und biologische Lebensmittel weiter auszubauen. Dies sollte ebenfalls im Rahmen einer Zusammenarbeit der Vermarktungsinitiativen des biologischen Landbaus mit jenen für andere kontrollierte Qualitätserzeugnisse erfolgen.

8. Die Zusammenarbeit von konventioneller und biologischer Landwirtschaft sollte die Grundlage bilden für eine **konsequente Informationsstrategie über die Bedeutung und die Funktionen einer nachhaltigen Landwirtschaft, ihrer Leistungen für die Gesellschaft und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten**.

Eine solche Vorgehensweise würde der Stellung der gesamten Luxemburger Landwirtschaft und dem biologischen Landbau im Besonderen zu Gute kommen.



NATURATA 20 Joer
Fair a kooperativ mat de Bio-Bauern 1989-2009

- 1 Rollingergrund
 - Lebensmittelgeschäft
 - Bio-Metzlerei Quibus
- 2 Meri
 - Lebensmittelgeschäft
- 3 Luxembourg Centre-ville (Grand-Rue)
 - Snack
- 4 Munsbach
 - Supermarkt - Lebensmittel
 - Restaurant & Catering
 - Abzest
 - Backwaren, Süßwaren, Bäcker
- 5 Erpeldange
 - Lebensmittelgeschäft
- 6 Hupperdange
 - Hof-Laden Schanck-Hall
- 7 Dudelange
 - Lebensmittelgeschäft
- 8 Foetz
 - Lebensmittelgeschäft

NEU

Goûtez le bio,
goûtez la vie!



Are Spezialist fir Bio- an Demeter-Liewesmëtzel

www.naturata.lu



**Déi gréisste Produzentena
Veraarבעhtungs-Genossenschaft
vu lëtzebuurger Bio-Produker**

deelentrahmt
Bio-Frëschmëllech
teilentrahmt/demi-écrémé
nur seculent **1.5%** Fett Mat,grasse



www.biog.lu

TOPSOLAR

FACHBETRIEB FÜR REGENERATIVE ENERGIEN



SOLARTECHNIK - REGENWASSERNUTZUNG

Nouvelle adresse:
2, am Clemensbongert L-9158 Heiderscheid T. 88 82 41
www.topsolar.lu

EMMER ENG BIO SPEZIALITEIT

www.oswald.lu

bio metzerei
Oswald
natiirlech

Party Service

Mir sin déi éischt unerkannten
Demeter a BioLabel Metzlerei am Land.
All eis Produkter sin an eise
traditionellem an handwierklechen
Familjebetrieb produzéiert

Contrôle CEE BIO: Lu-04




**FROT NO EISEM
PARTY-SERVICE KATALOG**

Mir sin op all Dag vun 7.30-12.45 an 13.45-18.15
Samstes vun 7.30-12.15
Frot och no eisen Hausmacher Bio Wurscht
a Produkter an den Biogeschäfte

137, avenue Gaston Diderich
L-1420 LETZEBUERG-BELAIR
Tel. : 44 65 45 Fax : 44 65 45 35



Wahlen 2009

AUFSCHLUSSREICHE RESULTATE EINER UMFRAGE DES MOUVEMENT ECOLOGIQUE BEI DEN POLITISCHEN PARTEIEN

Im Vorfeld der Nationalwahlen führte der Mouvement Ecologique eine Umfrage zu wesentlichen Fragestellungen aus Sicht der Ökologie/der nachhaltigen Entwicklung bei den politischen Parteien durch.

Die Resultate sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

Kommentar des Mouvement
 Ecologique zu den Aussagen
 der Parteien

Detaillierte Resultate
 der Umfrage

Obameter

21-26

28-42

43

Ein Überblick über die zentralen Aussagen der politischen Parteien.



Von einer breiten Zustimmung zur nachhaltigen Entwicklung ...

Es gibt parteiübergreifend eine bemerkenswerte Zustimmung zu einer Reihe von grundlegenden Zielen einer nachhaltigen Entwicklung. So äußerten sich die politischen Parteien übereinstimmend positiv zu folgenden Forderungen des Mouvement Ecologique:

Aufwertung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung

Es besteht Einigkeit, dass der Stellenwert des **Planes für eine nachhaltige Entwicklung** erhöht und entsprechend auch im Koalitionsabkommen als Verpflichtung für die gesamte Regierung übernommen werden muss. Ebenso positiv ist zu werten, dass alle Parteien für eine **Aufwertung der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung** eintreten und diese als «Referenzwerte» bei politischen Entscheidungen sehen.

Der Mouvement Ecologique begrüsst zudem die Tatsache, dass sich alle Parteien für eine **«Awareness-Kampagne» zur nachhaltigen Entwicklung bzw. zum nachhaltigen Konsum** aussprechen.

Ja zu einem Umweltgesetzbuch

Gleichfalls Unterstützung findet eine langjährige Forderung des Mouvement Ecologique, dass Luxemburg ein „Umweltgesetzbuch“ benötigt. Dies zur Erhöhung

der Harmonisierung und der Transparenz im Bereich des Umweltrechtes, zur Aktualisierung veralteter Gesetzgebungen usw. Ein derartiges Umweltgesetzbuch wäre sicherlich ein wesentlicher Schritt auch in Sachen «réforme administrative», aber ebenso aus ökologischer Sicht.

Ja zum präventiven Umweltschutz und zu einem verstärkten Bodenschutz

Sicherlich positiv zu werten ist ebenfalls, dass alle Parteien den präventiven Umweltschutz stärken wollen, dies u.a. mittels Lärmreduktionsplänen, weitgehenderen Luftreinhalteplänen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Lichtverschmutzung u.a.m.

Als Fortschritt zu werten ist in den Augen des Mouvement Ecologique zudem, dass nach jahrelangen Debatten alle Parteien für ein Gesetz zum Schutz des Bodens eintreten.

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie: Neel mat Käpp maachen

Wichtig ist aber auch, dass Konsens über die Notwendigkeit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie besteht und ein Aktionsplan zur Umsetzung erstellt werden soll.

Positive Einstellung zur Gesundheitsprävention

Von Bedeutung ist darüber hinaus, dass alle Parteien für den Ausbau der Gesundheitsprävention eintreten, mittels eines **Aktionsplans «Gesundheitsförderung und -prävention»**, eines **Maßnahmenplanes «Umwelt und Gesundheit»** sowie dem Ausbau der „Umweltambulanz“.

Akzente im Sinne des Naturschutzes

Ein parteiübergreifender Konsens besteht darin, dass der nationale Aktionsplan Naturschutz vorangetrieben sowie die Natura 2000-Gebiete konsequent ausgewiesen werden sollen.



... über ein gewisses Befremden betreffend eine Reihe von Zusagen

Der Mouvement Ecologique begrüsst, dass eine ganze Reihe weiterer zentraler Ideen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung von den Parteien positiv gewertet werden. Dabei ist jedoch befremdend, dass zahlreiche Ideen, die nun auch die Unterstützung der aktuellen Mehrheitsparteien finden, seit langem z.T. recht problemlos hätten umgesetzt werden können. Die Frage ist deshalb durchaus legitim, warum so manche Forderung Zustimmung findet... aber seit Jahren einer Umsetzung harret.

Ausbau der erneuerbaren Energien und des Energiesparens

Einigkeit besteht innerhalb der Parteien darin, dass die **Potenzialanalyse zu den erneuerbaren Energien** zügig und mittels einem zeitlich gestaffelten Aktionsplan umgesetzt werden soll, ebenso wie jener betreffend die **Ressourcen- und Energieeffizienz**. Positiv ist auch, dass eine regelrechte **Marktoffensive für die energieeffiziente und umweltschonende Renovierung von Altbauten** sowie den Bau von Niedrig- und Passivhäusern die Zustimmung aller Parteien erfährt.

Auch der Konsens, dass die **Energieberatung flächendeckend** ausgebaut und die **Rolle der Gemeinden im Energiebereich** als Akteur anerkannt werden soll (z.B. dass sie als Wirtschaftsakteure aktiv werden sollen, die Möglichkeit erhalten sollen im Rahmen von Bebauungsplänen Vorgaben zu machen)..., ist äußerst positiv zu werten.

Nichts hätte jedoch verhindert, bereits in dieser Legislaturperiode die genannten Akzente zu setzen, nichts auch hätte verhindert, vor allem im Rahmen des Konjunkturprogrammes diesbezüglich weitaus aktiver zu werden. Woran scheiterte dies?

Ökologie und Wirtschaft enger miteinander verbinden

Der Mouvement Ecologique stellt mit Genugtuung fest, dass zumindest in der Theorie alle Parteien der Meinung sind, ökologische und ökonomische Belange müssten gemeinsam angegangen werden. So z.B. setzen sich alle Parteien dafür ein, dass der Staat **eine proaktive Rolle in der umwelt- und schonenden Beschaffung** übernehmen sowie **zukunftsweisende Dienstleistungen** unterstützen müsste (z.B. Car-Sharing, Mitfahrzentralen, Energiesparcontracting).

Konsens besteht im Übrigen auch darin, dass Luxemburg als **Standort für Umwelttechnologien** konsequent fortentwickelt werden muss und **«green jobs»** in Luxemburg gezielt geschaffen werden müssten.

Doch auch hier stellt sich die Frage: Woran scheiterte die Umsetzung dieser Weichenstellungen bis dato?

(Endlich) Ausblick für Zukunftsdebatte für Luxemburg

Recht spannend ist zudem die Zusage aller Parteien, in der nächsten Legislaturperiode müssten alle Mittel genutzt werden, um mittels Gesprächsrunden, Foren u.a. eine Debatte über die wesentlichen und zentralen Zukunftsfragen in die Wege zu leiten. Diese Debatte, ebenso wie eine weitaus offenere sachlichere Diskussionskultur drängen sich seit Jahren auf. Es ist bedauernd, dass sie nicht seit langem stattfand ... man darf gespannt sein, ob dann die Zusage nun wirklich umgesetzt wird.

Kontradiktorische Diskussion über Entwurf der sektoriellen Pläne und deren Umsetzung / Für eine Aufwertung des Konzeptes der Großregion

Parteiübergreifender Konsens besteht ebenfalls, dass die **vier sektoriellen Pläne** (geschützte Landschaften, Mobilität, Aktivitätszonen, Wohnungsbau) **untereinander**

abgeglichen, kontradiktorisch diskutiert und zügig umgesetzt werden sollen. Dies wäre bereits in dieser Legislaturperiode notwendig gewesen, aber immerhin... die generelle Zusage für ein Vorwärtskommen in der nächsten Legislaturperiode ist positiv.

Ebenso wichtig ist es, dass alle Parteien dafür eintreten das Konzept der **Großregion** weitaus stärker als noch in der Vergangenheit mit Leben zu füllen und dass ein «grenzüberschreitender Aktionsplan Mobilität» erstellt werden muss.

Positive Einstellung zu Regionalplänen und kommunalen / regionalen Kooperationsstrukturen

Alle Parteien sprechen sich einerseits für die Erarbeitung von praxisorientierten Regionalplänen und andererseits von Kooperationsstrukturen aus.

Die Frage sei aber auch hier erlaubt: woran scheiterten diese Ideen bis dato?

Ja zu einem nationalen Aktionsplan Denkmalschutz

Nachdem seit Jahren an einer Reform des Denkmalschutzgesetzes gearbeitet wird, dies mit recht bescheidenem Erfolg, und die Strukturen nicht wirklich reformiert wurden, besteht nun ein parteiübergreifender Konsens, dass ein nationaler Aktionsplan erstellt werden muss (Bestandsaufnahme schützenswerter Elemente, Definition von Zielen, Prioritäten...). Wäre zu hoffen, dass nunmehr wirklich endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden...!

Aktionsplan «neue Wohnformen» erstellen

Die gleiche Anmerkung gilt betreffend ein Aktionsplan „neue Wohnformen“ (d.h. Flächen sparende Bauweisen, Wohnen im Alter...). Alle Parteien sind nun nach Jahren einer gewissen Inaktivität dafür, d.h. in der nächsten Legislaturperiode müsste diese Idee dann endlich umgesetzt werden...



... und äußerst bemerkenswerten Paradigmenwechseln

Besonders spannend sind jedoch eine Reihe von «neueren» Zusagen, die im Rahmen der Umfrage gemacht wurden, und welche vielleicht etwas weniger erwartet werden konnten... und z.T. einem regelrechten Paradigmenwechsel gleichkommen.

Lissabon-Strategie überarbeiten!

Spektakulär ist jedenfalls, dass alle Parteien für eine Überarbeitung der Lissabon-Strategie eintreten. Nachdem sich der Mouvement Ecologique und andere Organisationen seit Jahren erfolglos dafür eingesetzt haben, die Lissabon-Strategie und den Plan für eine nachhaltige Entwicklung stärker aufeinander abzustimmen, findet diese These nun die Unterstützung aller (!) Parteien. Alle Parteien erachten deren Überarbeitung als sinnvoll, in dem Sinne, dass «sie kohärent zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung ist, u.a. was die Vereinbarkeit von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung und eine Harmonisierung der Lissabon- und der Nachhaltigkeitsindikatoren betrifft».

Ja zu einem Nachhaltigkeitscheck für Politikentscheidungen!

Bedeutungsvoll ist aber auch, dass mit Ausnahme des ADR alle Parteien dafür eintreten, dass jede politische Entscheidung im Regierungsrat sowie der Abgeordnetenkammer im Vorfeld obligatorisch auf ihre Nachhaltigkeitskonformität untersucht werden muss («Nachhaltigkeitsprüfung / Nachhaltigkeitscheck»).

Würde dies tatsächlich umgesetzt, so wäre ein äußerst wichtiger Qualitätssprung in der Konkretisierung der Nachhaltigkeitsaspekte erreicht, da nun nicht mehr (nur) kurzfristige Interessen sondern langfristige Auswirkungen als Kriterium gelten würden.

Der Mouvement Ecologique wird u.a. mit Nachdruck auf der Umsetzung dieser Zusage beharren.

Anerkennung für eine verstärkte Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen auf EU-Ebene

Ein Novum ist zudem die Zusage aller Parteien zu einer Konvention zwischen Staat und Umweltorganisationen, damit die Organisationen eine finanzielle und personelle Unterstützung erhalten, um EU-Themen verstärkt aufgreifen zu können.

Damit wäre ein Meilenstein in der EU-Politik für Luxemburger Verhältnisse erreicht, würde es doch endlich den Umweltorganisationen erlauben sich auf EU-Ebene zu engagieren, was derzeit nicht im gewünschten Ausmass möglich ist, denn EU-Engagement auf ehrenamtlicher Ebene ist nur äußerst begrenzt machbar.

Nachhaltiger Konsum: Endlich ein Aktionsplan für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen!

Absolut neu ist auch, dass sich zumindest in der Theorie das Bewusstsein geschärft zu haben scheint, dass ein Aktionsplan für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie nicht luxemburgisch sprechende MitbürgerInnen erstellt werden muss. Diese werden in der Tat derzeit von zahlreichen Projekten im Bereich nachhaltige Entwicklung nicht erfasst, hier drängen sich neue Initiativen auf. Es ist äußerst bedauernd, dass nicht bereits im Rahmen des Konjunkturprogrammes ein derartiger Aktionsplan vorgesehen wurde.

Umso bedeutungsvoller ist, dass nunmehr alle Parteien dahinter stehen, und dieser umgesetzt werden soll.

Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft

Beeindruckend sind die Aussagen auf der Ebene der Landwirtschaft. Dass alle Parteien einen nationalen Aktionsplan **«Fortentwicklung der Luxemburger Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung»** sowie eine **«Analyse Umweltqualitätsziele in der Landwirtschaft»** unterstützen ist bemerkenswert! Ebenso, dass alle Parteien (!) für eine sogenannte **Landschaftspflegeprämie (+)** eintreten, d.h. die Idee unterstützen, dass Landwirte welche besondere Leistungen im landwirtschaftlichen Bereich durchführen, auch entsprechend stärker unterstützt werden müssen. Positiv ist zudem, dass sich die Parteien zur Umsetzung des **nationalen Aktionsplanes Biolandbau** bekennen.

Befremdend ist jedoch, dass die LSAP der Idee einer **Verstärkung der Dienste der Landwirtschaft im Naturschutzbereich** nicht zustimmt, positiv ist jedoch nach Ansicht des Mouvement Ecologique, dass diese Forderung von allen anderen Parteien getragen wird (keine Aussage des ADR).

Endlich ein Konsens für die Schaffung eines Regionalfonds

Mit äußerster Zufriedenheit stellt der Mouvement Ecologique ebenfalls fest, dass alle Parteien sich mittlerweile für die Schaffung eines Regionalfonds aussprechen und dafür eintreten, generell die Finanzmittel des Staates verstärkt in regionale Initiativen zu investieren. Dies war noch vor Monaten nicht der Fall. Zu hoffen ist, dass diese sehr wichtige Wahlzusage wirklich umgesetzt wird!



... sowie bemerkenswerten Differenzen in den Aussagen

Recht aufschlussreich sind aber auch Unterschiede in den Aussagen zwischen den verschiedenen Parteien:

Nachhaltige Entwicklung: weiterhin ein umstrittener Begriff

Positiv ist, dass die Mehrzahl der Parteien hinter dem Begriff der sogenannten «starken Nachhaltigkeit» steht und diesen im neuen Koalitionsvertrag verankern möchte. Befremdend ist aber, dass die ADR sich bei dieser Fragestellung enthält und sich auch die LSAP nicht damit identifizieren kann, stellt letztere doch seit Jahren den Umweltminister. Argument der LSAP: die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte sollten gleichwertig behandelt werden. Dabei gründen die Folgerungen der Rio-Konferenz von 1992 aber auch zahlreiche spätere Analysen zur nachhaltigen Entwicklung darauf, dass ohne Respekt der natürlichen Grenzen des Planeten auch ökonomisches Handeln nicht mehr möglich ist, insofern müsste ökologischen Aspekten in diesem Sinne eine gewisse Vorrangstellung eingeräumt werden.

Keine Aussagen der aktuellen Mehrheitsparteien im Hinblick auf Reformen auf Verwaltungsebene

CSV und LSAP gaben an, sich zum jetzigen Zeitpunkt vor den Wahlen nicht zu Regierungsumbildungen äußern zu wollen. Drei Fragen im Fragebogen zu diesem Themenbereich im weitesten Sinne bezogen sich jedoch nicht direkt auf eine spezifische Regierungsumbildung, sondern auf Reformen auf Verwaltungsebene, die de facto unabhängig von einer Regierungsorganisation erfolgen sollten.

* Die Frage, ob eine **Abteilung «Umwelt und Landwirtschaft»** innerhalb des Landwirtschaftsministeriums geschaffen werden sollte, bejahten lediglich die ADR sowie Déi Lénk. CSV, DP und LSAP sprachen sich dagegen aus, ebenso wie «Déi Gréng», dies mit der Anmerkung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sollten zusammengeschlagen werden.

* Aus der Sicht des Mouvement Ecologique bedenklich sind die Antworten auf die Frage, ob eine **Reform der Umwelt- sowie der Forstverwaltung** durchgeführt werden soll. Diese sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique unerlässlich, da beide Verwaltungen nicht mehr zeitgemäß organisiert sind und ihre Aufgaben nur begrenzt wahrnehmen können. ADR und CSV sprachen sich dagegen aus, Déi Gréng, Déi Lénk, DP und LSAP aber unterstützen die Forderung.

* Spannend ist zudem, dass alle Parteien – außer der CSV – ein **Audit des Innenministeriums** unterstützen...

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique bedarf eine kohärente Politik darüber hinaus auch entsprechender Strukturen auf Regierungsebene. Insofern sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique Reorganisationen auf der Ebene der Ministerien / Verwaltungen von zentraler Bedeutung. Es ist deshalb bedauernd, dass sowohl die LSAP als auch die CSV keine Aussagen machen wollten, wie ihrer Meinung nach die Regierung optimal organisiert werden könnte. Dies mit dem Verweis, dies wäre Aufgabe der nächsten Koalition, es sei nicht sinnvoll, im Vorfeld der Wahlen bereits eindeutige Aussagen in diesem Bereich zu treffen. Der Mouvement Ecologique bleibt aber dabei, dass folgende Reformen sinnvoll wären

- **Schaffung eines Zukunftsministeriums «Nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt»:** diese Idee findet die Zustimmung von ADR, Déi Gréng, Déi Lénk, jedoch nicht der DP.
- **Schaffung eines (Planungs-) Ministeriums für Landesplanung und Mobilität:** diese Vorstellung findet die Zustimmung von ADR, Déi Gréng, Déi Lénk, jedoch nicht der DP.
- **Schaffung eines «Ministère de l'Intérieur, du Logement, de l'urbanisme et du développement communal»:** ADR, Déi Gréng, Déi Lénk tragen diesen Vorschlag, jedoch nicht die DP.

Weiterhin kein Konsens betreffend eine nachhaltige Steuerreform

Äußerst bedauernd erachtet der Mouvement Ecologique die Aussagen betreffend eine nachhaltige Steuerreform, welche zum Ziel hat, den Faktor Arbeit zu entlasten und den Umweltverbrauch zu verteuern und die Aufkommensneutralität zu gewährleisten. Déi Lénk wollten nicht Stellung beziehen, da für sie u.a. der Begriff «Faktor Arbeit entlasten» zu schubladenartig sei. Die LSAP äußert keine Meinung, da sie keine weitere Belastung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen wünsche... und die CSV enthielt sich ebenfalls mit der Anmerkung «wir werden in den nächsten 3 Jahren keine Steuersenkung vornehmen»...

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique bleibt eine nachhaltige Steuerreform jedoch eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, entsprechend erwartet er auch von der LSAP und der CSV, dass die aufgeworfenen Fragestellungen seitens dieser Parteien offensiv angegangen und ausgetragen werden.

Warum spricht sich die LSAP gegen ein Klimaschutzgesetz aus?

Wesentliche Forderung zahlreicher ONGs auf internationaler Ebene ist jene nach der Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes, um dem Klimaschutz endlich einen verbindlichen Rahmen zu geben. Alle Parteien unterstützen dieses Konzept... mit Ausnahme der LSAP.



Unklare Haltung der CSV betreffend Atomkraft

Befremdend sind aber auch die Aussagen der CSV betreffend die Atomkraft. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien verneinten sie die Fragestellung ob sie gegen den Ausbau der Atomkraft seien (mittels u.a. einer Reform des Euratomvertrages) sowie indem der Import von Atomstrom soweit wie möglich mit reduziert wird. Stellt sich die Frage warum ... und welches nun die eigentliche Stellung der CSV zur Atomkraft ist...? Gibt sie den Konsens «Nein zur Atomkraft» in der Luxemburger Gesellschaft auf?

Begrenztes Ja zum «congé associatif»

Eine langjährige Forderung so mancher Organisation ist vor allem, dass der sogenannte «congé associatif» ausgebaut werden soll. D.h. Verantwortliche von Nicht-Regierungsorganisationen sollen für spezifische Aufgaben auf nationaler Ebene eine klar definierte und begrenzte Freistellung von ihrer beruflichen Arbeit erhalten können, damit sie z.B. an offiziellen Sitzungen teilnehmen können. Diese Forderung ist nach Ansicht zahlreicher Organisationen eine Voraussetzung, damit überhaupt gesellschaftliches ehrenamtliches Engagement auch in Zukunft möglich bleibt. Alle Parteien unterstützen die Einführung des «congé associatif», mit Ausnahme der CSV.

Bildung für nachhaltige Entwicklung: bedingtes Ja

Dissens innerhalb der Parteien besteht ebenfalls, ob eine Strategie der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung erfolgen soll, dies mittels einer Integration in die Schulprogramme bzw. die Weiterbildung von Erwachsenen. Mit Ausnahme der DP unterstützen jedoch alle Parteien diese Forderung; die DP möchte diese Vorgehensweise der Initiative in den einzelnen Schulen überlassen.

Ja zu landesweiten Naturschutzsyndikaten- mit Ausnahme der CSV

Zahlreiche, aber leider nicht alle Gemeinden, sind in einem Naturschutzsyndikat vertreten. Der Mouvement Ecologique erachtet derartige Syndikate aus naturschutzfachlichen aber auch aus finanziellen Gründen als äußerst wichtig, auch das Umweltministerium unterstützt derartige Gründungen. Unverständlich ist deshalb für den Mouvement Ecologique, dass die CSV als einzige Partei die Forderung nach landesweiten Naturschutzsyndikaten nicht teilt.

CSV und ADR im Spannungsfeld der Flurbereinigung

Das derzeitige Gesetz zur Flurbereinigung ist innerhalb der Umweltbewegungen sehr umstritten, dies aus demokratischer und naturschutzfachlicher Sicht. Déi Gréng, Déi Lénk, DP und LSAP unterstützen deshalb die Forderung nach einer Reform des heutigen Gesetzes und eines Moratoriums von weiteren Projekten bis zur Umsetzung dieser Reform: nicht aber das ADR und die CSV.

Umsetzung der Aarhus- Konvention: nur bedingt mit der DP

Die internationale Aarhus-Konvention schreibt vor / regt an, dass in jedem Ministerium / Verwaltung ein zuständiger Beamter für die Umsetzung der Konvention (die dem Bürger verstärkte Informationsrechte gewährt) verantwortlich steht bzw. Verwaltungen mittels Rundschreiben über ihre Pflichten informiert werden. Diese Forderung wird von allen Parteien, mit Ausnahme der DP, unterstützt.



Eine hochaktuelle Frage: Welche Prioritäten im Bereich der Mobilität?

Resultate der Umfrage des Mouvement Ecologique bei den politischen Parteien

Allgemeine Absichtserklärungen finden die Zustimmung aller Parteien:

- So die Forderung nach einem modal split von 30% zu Gunsten des öffentlichen Transportes und 70% Individualverkehr. Bemerkenswert ist, dass bis dato nur von einem modal split von 25%-75% gesprochen wird, nunmehr äussern sich die Parteien aber eindeutig positiv zu einem günstigeren modal split im Sinne des öffentlichen Transportes!

- Auch die Aufwertung des Verkehrsverbundes sowie der Mobilitätszentrale wird von allen Parteien als Notwendigkeit erachtet.

- Befremdend ist jedoch, dass die Umsetzung des Aktionsplanes sanfte Mobilität im Mobilitätsministerium nicht die Unterstützung der CSV findet (Enthaltung), mit dem Vermerk, die Organisation der Ministerien könne nicht vorweg genommen werden.

Mit Befremden nimmt der Mouvement Ecologique jedoch die Aussagen betreffend die Prioritätensetzung zur Kenntnis:

- Die CSV treten nicht für ein Moratorium in Bezug auf eine detaillierte Planung / den Bau weiterer größerer Straßenbauprojekte sowie eine klare Prioritätensetzung in Richtung öffentlichen Transport ein!

- Auch die Frage, ob eine kurzfristige Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte (Ausbau Strecke Bettemburg-Luxemburg, moderne Stadtbahn in Luxemburg, Peripherbahnhof Howald und Cessingen, Bau des Train-Tram im Süden, Umbau des Bahnhofs Luxemburgs) und die damit verbundene zur Verfügungstellung der Finanzmittel gesichert ist, wird nicht positiv von der CSV beantwortet (Enthaltung, die ADR ist dagegen, da sie das Tramprojekt in dieser Form in Frage stellt).

Eindeutige Aussage der CSV in Sachen Baubeginn der Stadtbahn gefordert!

Diese beiden angeführten Umfrageresultate gewinnen an Bedeutung angesichts einer rezenten Äusserung von Finanzminister L. Frieden. Dieser hatte in einem Fernsehinterview sinngemäss erklärt, die Aussagen im Wahlprogramm der Parteien müssten auf ihre Finanzierbarkeit hin überprüft werden. Als einziges (!) Fallbeispiel führte er in diesem Zusammenhang die moderne Stadtbahn an!

Hatte man noch geglaubt, dies wäre ein „Ausrutscher“ des Finanzministers gewesen, so wurde man tags darauf eines Besseren belehrt:

In einem Rundtischgespräch des Mouvement Ecologique mit den Präsidenten der politischen Parteien (am Dienstag dieser Woche) verschärfte Parteipräsident F. Biltgen die Aussagen von L. Frieden sogar noch, zumindest aus der Sicht zahlreicher Anwesender. Dies indem er auf Nachfrage hin angab, dass für die CSV der Ausbau der Strecke Bettemburg-Luxemburg-Stadt sowie der Peripherbahnhöfe Priorität genieße vor dem Bau der Stadtbahn, die erst „danach“ in Angriff genommen werden könnte.

Auf die mehrfache Rückfrage, ob die moderne Stadtbahn nicht gleichzeitig zur Strecke Bettemburg-Luxemburg bzw. den Peripherbahnhöfen angegangen werden müsste, verneinte der CSV-Präsident dies zum allgemeinen Unverständnis erneut, dies mit ausdrücklichem Hinweis auf das CSV-Wahlprogramm. Tatsache ist jedoch, dass das Wahlprogramm der CSV mit keinem Wort eine solche (im Übrigen völlig absurde) „Rangfolge“ erwähnt und somit auch keine Verschiebung des Baubeginns der modernen Stadtbahn...

Der Mouvement Ecologique nimmt die Aussagen des CSV-Präsidenten mit völligem Unverständnis und äußerstem Befremden zur Kenntnis. Spielt die CSV hier ein Doppelspiel?

Es kann und darf nicht sein, dass z.B. ein Bauteilminister die Stadtbahn als integralen Bestandteil einer Gesamtplanung ansieht, hinter den Kulissen der CSV sich aber scheinbar (erneut) Strömungen dagegen aufbauen.

Es kann auch nicht sein, dass der Premierminister sich u.a. in der Rede zur Lage der Nation von 2008 (im Namen der beiden Regierungsparteien) ein eindeutiges Plaidoyer für die Stadtbahn abgibt, die dann aber Monate darauf nicht mehr gültig sein soll:

Zitat aus der Erklärung von 2008: „De Mobilitéspuzzel wier net komplett ouni den Tramm duerch d'Stad. Deen Tramm ass keen Zweck u sech. E soll d'Schinnen an d'Garen déi mer hunn an déi mer nach kréien ergänzen. **D'Gare périphériques ouni den Tram maachen net all Sënn. Den Tramm ouni d'Gare périphériques mécht och keen.**“

Der Mouvement Ecologique erwartet von der CSV umgehend eine klare Aussage:

- **ob in einer Regierungskoalition mit CSV-Beteiligung die moderne Stadtbahn gleichzeitig zum Bau der Peripherbahnhöfe und dem Ausbau der Strecke Bettemburg-Luxemburg als Priorität zu Beginn der Legislaturperiode angegangen und gebaut wird oder nicht!**

- **und welche Prioritäten die CSV angesichts der Finanzkrise auf der Ebene der Mobilität setzt u.a. was die die Gewichtung öffentlicher Transport / Straßenbau anbelangt.**

QUALITE DE L'ENVIRONNEMENT

Environnement & santé

Qualité de l'air, de l'eau et du sol
Etudes d'impact & diagnostics de pollution
Evaluation des risques de santé publique

Ecologie & nature

Végétalisation écologique de friches et de bâti
Revitalisation de cours d'eau

Réglementation & dossiers

Dossiers d'autorisation
Expertises de dossiers commodo (classe 1)



BIOMONITOR
CONSEIL & EXPERTISE
EN ENVIRONNEMENT

96 bld de la Pétrusse L - 2320 Luxembourg
tél.: 29 20 30 email: biomonitor@pt.lu
Organisme agréé par le Ministère de l'Environnement



Conseil énergétique
en construction

Accompagnement
et gestion
de chantiers

Energieberatung
im Bau

Begleitung
und Führung
vun Baustellen

Thermographie
Blower-Door-test

e-mail: mail@convex.lu

Web: www.convex.lu

CONVEX S.à r.l.

7, op den Ei'en L-6951 Olingen

tél.: +352 26 78 73 27

fax: +352 26 78 73 28

OEKOTEC

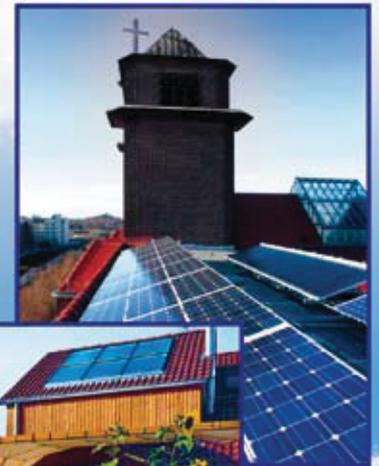


ein Luxemburger Betrieb - Ihr Partner für:

- Solarstrom und Solarwärme • Regenwasser • Blockheizkraftwerke
- Windenergie • Wärmepumpen • Heizungsanlagen usw.



18 Jahren Erfahrung
und über 350 Photovoltaik
und Solarthermische Anlagen sprechen
für unser Know How. Zu unseren Service-
Leistungen gehört die Stellung sämtlicher
Anträge, sowie Hilfe bei der Finanzierung.
Gerne vermitteln oder mieten wir
Dachflächen zum Bau von Solaranlagen.
Auch können Ihre Anlagen
von uns fernüberwacht
werden.



e - mail : info@oekotec.lu • www.oekotec.lu
13, Parc d'Activité Syrdall • L - 5365 Munsbach
Tel : ++ 352 26 35 26 02 • Fax : ++ 352 26 35 26 04

Komplette Energieberatung für
landwirtschaftliche Betriebe

14 Fragen an die politischen Parteien

1. Öffentliche Debatte über wesentliche Zukunftsfragen Luxemburgs

Wird Ihre Partei alle möglichen Mittel nutzen - von der Aufbereitung von Sachinformationen über spezifische öffentliche Gesprächsrunden bis zu Internetforen - damit in Luxemburg wesentliche Zukunftsfragen, wie die zukünftige Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes, die Zusammenarbeit innerhalb der Großregion, die Verbindung von Ökologie, Sozialem und Wirtschaft u.a.m. in einem öffentlichen Diskurs diskutiert werden?

DEI LENK ja ... mit unseren bescheidenen Mitteln besonders wichtig ist

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

2. Voraussetzungen einer Politik der nachhaltigen Entwicklung

Tritt Ihre Partei ein:

- für eine **Klärung - im zukünftigen Koalitionsabkommen - des Begriffes der „nachhaltigen Entwicklung“** gemäß den Prinzipien der sogenannten „starken Nachhaltigkeit“?

DEI LENK ja - wobei für uns der Zusammenhang von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit besonders wichtig ist

LSAP Die LSAP ist der Ansicht, dass ökologische, ökonomische und soziale Aspekte im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte gleichwertig behandelt werden sollten. Zukunftskonzepte sind nur dann realistisch, wenn sie die Wechselbeziehungen zwischen diesen Bereichen berücksichtigen.

Partei	ja	nein	K. A.
			X
	X		
	X		
	X		
	X		
		X	

- für eine **Verankerung des Planes für nachhaltige Entwicklung im Koalitionsabkommen** als Verpflichtung der gesamten Regierung?

DEI LENK ja - aber es kommt natürlich auf den Inhalt des PNDD an, dessen Kritik wir uns vorbehalten

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- dafür, dass jede politische Entscheidung im Regierungsrat sowie der Abgeordnetenversammlung im Vorfeld obligatorisch auf ihre Nachhaltigkeitskonformität untersucht wird (**„Nachhaltigkeitsprüfung / Nachhaltigkeitscheck“**)?

DP „Impact jeder Gesetzesnovelle auf Nachhaltigkeit messen. Jede Gesetzesnovelle sollte in Zukunft von einer „fiche d’impact relative au développement durable“ begleitet sein, um Aufschluss über die Nachhaltigkeitsaspekte der Novelle zu geben.“ DP-Wahlprogramm '09

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

CSV In der Politik kann man nicht undifferenziert mit Ja oder nein antworten. Das kann man vielleicht hinsichtlich der Zielsetzung, nicht aber hinsichtlich der detaillierten Umsetzung derselben. Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass die CSV nur ihrem demokratisch verabschiedeten Wahlprogramm verpflichtet ist, das im übrigen einen allgemeinen Finanzvorbehalt vorsieht.

DEI LÉNK Vorbemerkung von déi Lénk: es ist selbstverständlich, dass nicht alle „Ja“- Antworten einem Punkt in unserem vom Kongress verabschiedeten Programm entsprechen, weil nicht alle Fragen dort behandelt sind.

für eine politische **Aufwertung der Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung** ein, indem diese systematisch veröffentlicht und als Referenzwerte bei politischen Entscheidungen genutzt werden?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

3. Reorganisation der Ministerien / Verwaltungen

Sowohl die CSV als auch die LSAP möchten im Vorfeld der Wahlen keine Aussagen zu Reformen auf der Ebene der Regierungsorganisation machen. Dies wäre die Aufgabe der neuen Regierung.

CSV Die Organisation der Regierung soll derselben vorbehalten sein. Dies gilt auch für Strukturreformen. Audits können dazu dienen; es gibt aber auch andere Möglichkeiten.

Wird ihre Partei sich für folgende Reformen auf der Ebene von Ministerien / Verwaltungen einsetzen:

- Schaffung eines Zukunftsministeriums „Nachhaltige Entwicklung, Klima Energie und Umwelt“

DP Alle Ministerien und Verwaltungen müssen ran. Ein Nachhaltigkeitsministerium bzw. ein Superministerium macht ob der vielen politisch zu berücksichtigenden Aspekte wenig Sinn, um eine kraftvolle Nachhaltigkeitspolitik zu gestalten. Alle Ministerien müssen sich einer Nachhaltigkeitspolitik verschreiben. Dies ist bisher nur theoretisch der Fall in Luxemburg gewesen. Auch die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ministerien, die interministerielle „Task force“ konnten bisher nur wenige Impulse weitergeben. Die oben genannten Vorschläge (fiche d'impact, peer review, wissenschaftlicher Beistand,...) würden sicherlich dazu beitragen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke Eingang in alle Ministerien und Verwaltungen finden würde. (DP-Wahlprogramm '09)

LSAP Die LSAP teilt die Ansicht des Mouvement écologique, dass die Bereiche nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt eng verbunden sind und sinnvoll in einem „Zukunftsministerium“ zusammengeführt werden können. Dennoch sind auch andere, gleichwertige Konstellationen denkbar, so dass die LSAP sich nicht einseitig vor den Wahlen festlegen möchte, welche Ressorts in der künftigen Regierung zusammengelegt werden sollten. Am wichtigsten scheint für die LSAP eine systematische und koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, bzw. zwischen einzelnen Verwaltungen. Nur so kann die politische Kohärenz gewährleistet werden.

Aus derselben Überlegung heraus beantwortet die LSAP auch die folgenden drei Fragen eher mit „nein“.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
		X	
		X	

- Schaffung eines (Planungs-) Ministeriums für Landesplanung und Mobilität

DP Neue Qualität der „Staatsführung“ bringt bessere Dienstleistungen. Die Aufteilung der ministeriellen Zuständigkeiten unterliegt oft politischen anstatt praktischen und funktionalen Erwägungen. Eine neue Regierungskoalition verursacht in der Regel eine Neuaufteilung zwischen und sogar innerhalb der bestehenden Ministerien. Die DP will zwar keine Neuaufteilungen in Zukunft ausschließen, jedoch müssen rein politische Erwägungen in den Hintergrund treten. Deshalb wird die DP z.B. bestimmte ministerielle Departements aufgrund von konkreten Missionen zusammenlegen und dadurch neue Synergien schaffen (z.B. Kinderbetreuung vom Familien- ins Bildungsministerium verlagern). Mit der DP werden Ressorts die offensichtlich dem Prinzip der Gewaltentrennung nicht gerecht werden, nicht mehr zusammengelegt (z.B. Polizei und Justiz).

Vor allem Ministerien und Abteilungen mit technischen Aufgaben- und Kompetenzbereichen werden in Zukunft systematisch und regelmäßig wissenschaftlich begleitet. Monitoring, Evaluation und Beratung werden mit der DP groß geschrieben. Dort wo es Sinn macht, werden wir regelmäßige „Peer Reviews“ erstellen lassen, was einen Blick von außen auf unsere Politik erlaubt und Verbesserungen und neue Dynamiken innerhalb der öffentlichen Behörden bewirken kann. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
		X	
		X	

- Schaffung eines „Ministère de l'intérieur, du logement, de l'urbanisme du développement communal“

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
		X	
		X	

Schaffung einer Abteilung „Umwelt und Landwirtschaft“ im Landwirtschaftsministerium

ADR ASTA

DEI GRENG eher Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
		X	
	X		
		X	
		X	

Reform der Umweltverwaltung auf der Grundlage eines externen Audits im Sinne eines integrierten Umweltschutzes sowie der Forstverwaltung zur Stärkung vor allem der Naturschutzstrukturen

LSAP Ein Gesetzesprojekt zur Schaffung einer neu strukturierten und personell aufgewerteten Natur- und Forstverwaltung wurde bereits im Herbst 2008 deponiert. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass diese Reform schnellstmöglich umgesetzt werden kann, sobald der Staatsrat zu dem Gesetzesprojekt Stellung genommen hat.

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

Audit der Funktionsweise und Reorganisation des Innenministeriums.

DEI GRENG bereit mehrmals angefragt

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

4. Demokratie und ehrenamtliches Engagement

Wird ihre Partei sich einsetzen:

- für eine **Konvention zwischen Staat und Umweltorganisationen**, damit diese über die erforderlichen (finanziellen und personellen) Mittel verfügen um professioneller **EU-Themen** aufgreifen und bearbeiten zu können?

ADR Welche Umweltorganisationen?

DEI LENK - und dasselbe sollte auch für Organisationen im sozialen Bereich gelten

LSAP Prinzipiell einverstanden. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass Organisationen der Zivilgesellschaft ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat bewahren. Aus dieser Sicht scheint es nicht unbedingt ratsam, das Personal einer Nichtregierungsorganisation über den Staat zu finanzieren. Die LSAP ist der Ansicht, dass die bestehenden Möglichkeiten, Nichtregierungsorganisationen finanziell zu unterstützen, ausgebaut werden können.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- für die Einführung des „**congé associatif**“, damit Verantwortliche von Nicht-Regierungsorganisationen für spezifische Aufgaben auf nationaler Ebene eine gewisse, klar definierte und begrenzte Freistellung von ihrer beruflichen Arbeit erhalten können?

LSAP Für bestimmte Aufgaben können Nichtregierungsorganisationen bereits heute unter festgelegten Bedingungen zusätzliche Urlaubstage nutzen, wie zum Beispiel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Es ist denkbar, ähnliche Formen von Sonderurlaub auch auf andere Bereiche auszudehnen. Es besteht ein diesbezüglicher Gesetzesvorschlag des LSAP-Abgeordneten Alex Bodry.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

- damit die **Aarhus-Konvention** mit Leben gefüllt wird, u.a. indem in jedem Ministerium / Verwaltung ein zuständiger Beamte für die Umsetzung verantwortlich gemacht wird und mittels Rundschreiben alle betroffenen Verwaltungen über die Umsetzung von Aarhus informiert werden?

DP Alle Ministerien und Verwaltungen müssen ran. Ein Nachhaltigkeitsministerium bzw. ein Superministerium macht ob der vielen politisch zu berücksichtigenden Aspekte wenig Sinn, um eine kraftvolle Nachhaltigkeitspolitik zu gestalten. Alle Ministerien müssen sich einer Nachhaltigkeitspolitik verschreiben. Dies ist bisher nur theoretisch der Fall in Luxemburg gewesen. Auch die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ministerien, die interministerielle „Task force“ konnten bisher nur wenige Impulse weitergeben. Die oben genannten Vorschläge (fiche d'impact, peer review, wissenschaftlicher Beistand,...) würden sicherlich dazu beitragen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke Eingang in alle Ministerien und Verwaltungen finden würde. (DP-Wahlprogramm '09)

LSAP Die Umsetzung der Aarhus-Konvention erfordert ein Umdenken in den betroffenen Verwaltungen. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass die Informationspolitik in den Umweltbereichen verbessert wird. Die betreffenden Ministerien sollen zu diesem Zweck auch Personal einstellen können. Ein LSAP-Gesetzesvorschlag will den Zugang der Bürger zu Verwaltungsakten generell verbessern.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
		X	
	X		

- um die Umsetzung einer **Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** zu gewährleisten, ebenso wie deren Integration in die Schulprogramme sowie in der Weiterbildung von Erwachsenen sowie das Konzept der „nachhaltigen Schulen“ mit Leben füllen?

DP Die DP ist nicht dagegen, dass der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung Eingang in die Luxemburger Schulen erhält. Die DP ist dagegen, dass dies staatlich verordnet werden soll. Vielmehr sollte dies durch Initiativen in den Schulen selber geschehen.

Schluss mit Hin und Her. Politik muss raus aus der Schule. [...] Die DP plädiert dafür, dass die Rolle des Gesetzgebers bei der Ausarbeitung von Schulgesetzen eingegrenzt wird: Der Gesetzgeber soll in Zukunft lediglich die Rahmenbedingungen der Schule festlegen. Diskussionen und Entscheidungen über pädagogische Inhalte und Methoden sollen in den Augen der DP nicht im Parlament, sondern von den Spezialisten im Rahmen der öffentlichen Schule und unter Verantwortung des Ministeriums geführt bzw. getroffen werden. Der Gesetzgeber bzw. das Ministerium sollen lediglich die Rahmenbedingungen der in der öffentlichen Schule angewandten pädagogischen Konzepte (Monitoring, Evaluierung, wissenschaftliche Begleitung,...) festlegen und gewährleisten. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
		X	
	X		

5. Nachhaltige Lebensweise sozialverträglich gestalten

Wird Ihre Partei sich einsetzen:

- für die Erstellung eines „Aktionsplanes“ für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie nicht luxemburgisch sprechende MitbürgerInnen, um diese Bevölkerungskreise verstärkt für umwelt- und klimaschonendes Verhalten zu gewinnen (Gratis-Beratungen, Nullzins-Darlehen, stärkere Unterstützung im Wohnbereich u.a,m.)?

DP Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen. Die öffentliche Hand wird zusammen mit einer unabhängigen Energieberatungsstelle aktiv die Installation besonders von thermischen Solaranlagen aber auch von anderen alternativen Energiequellen zusammen mit diesen Haushalten planen und finanzieren. Daneben werden wir zusammen mit unseren europäischen Partnern ein antiinflationäres Programm ausarbeiten. Die Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten wird Kern dieses Programms sein. (DP-Wahlprogramm '09)

Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen unterstützen: Die DP möchte darauf achten, dass Umweltpolitik nicht zu einer elitären Politik verquert wird. Energiesteuern heute, beispielsweise auf dem Verbrauch von fossilen Energien, werden besonders die Familien im niedrigen und mittleren Einkommensbereich treffen. Positionspapier: „Umweltpolitik die Zukunft hat. Gezielt fördern, gerecht fordern.“ (Juni 2008)

LSAP Generell sollten Sensibilisierungskampagnen und Beratungsdienste der öffentlichen Hand so ausgerichtet sein, dass auch sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Nicht-Luxemburger sich davon angesprochen fühlen. Ein gesonderter Aktionsplan legt den Gedanken nahe, dass Maßnahmen außerhalb dieses Programms besondere Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht berücksichtigen müssten. Eine solche Haltung lehnt die LSAP ab. Soziale Maßnahmen, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen erleichtern, oder zusätzliche Unterstützung z.B. bei Energiesparmaßnahmen für sozial schwache Haushalte befürwortet die LSAP selbstverständlich.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

6. Kommunikation für nachhaltige Entwicklung verstärken

Wird Ihre Partei gewährleisten, dass:

- eine breitangelegte „Awareness-Kampagne zur nachhaltigen Entwicklung“ sowie zum „nachhaltigen Konsum“ durchgeführt wird, in der die grundlegenden Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung und auch deren Chancen thematisiert sowie die Möglichkeiten der einzelnen Akteure (Staat, Gemeinden, Betriebe, Privatpersonen...) dargelegt werden?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

7. Ökologie und Wirtschaft

Ist Ihre Partei der Meinung, dass:

- der Staat eine pro-aktive Rolle in der umwelt- und klimaschonenden Beschaffung übernehmen soll (durch Initiierung von Projekten, finanzielle Förderung...) damit diverse zukunftsweisende Dienstleistungen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg verstärkt angeboten werden (Car-Sharing, Mitfahrzentralen, Energiesparcontracting)?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- die **Lissabon-Strategie** in dem Sinne überarbeitet werden muss, damit sie kohärent zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung ist, u.a. was die Vereinbarkeit von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung und eine Harmonisierung der Lissabon- und der Nachhaltigkeitsindikatoren betrifft?

DEI LENK eine „Überarbeitung“ wird wohl nicht reichen, der ganze ideologische (wirtschaftsliberale) Hintergrund der Lissabon-Strategie ist in Frage zu stellen

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- die Analyse „**Luxemburg als Standort für Umwelttechnologien**“ mit aller Konsequenz vorangetrieben, konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet und eine offensive, nachvollziehbare Förderpolitik im Sinne der Schaffung von „**green jobs**“ durchgesetzt werden müssen?

LSAP Die Sozialisten werden in Zukunft verstärkt auf Kompetenznischen setzen, Forschung und Innovation fördern und Brücken zum Unternehmertum schlagen. Die Sozialisten wollen die richtigen Lehren aus der internationalen Finanzkrise ziehen, die Abhängigkeit vom Finanzsektor verringern und die Luxemburger Volkswirtschaft auf eine breitere Grundlage stellen.

Die Förderung von Umwelttechnologien spielen im Rahmen der wirtschaftlichen Diversifizierung eine wichtige Rolle. Die Universität Luxemburg und die nationalen Forschungszentren werden in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle spielen. Das Handwerk und die Baubranche sollen dabei insbesondere von der Förderung und Entwicklung neuer Umwelttechnologien profitieren. In den Bereichen Altbauseanierung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien liegt erhebliches Wachstumspotenzial, das die Sozialisten zugunsten des Mittelstands nutzen werden. Deshalb ist es aus LSAP-Sicht absolut notwendig, den Aktionsplan zur Förderung von Umwelttechnologien schnell umzusetzen. Das schafft neue Arbeitsplätze und bereitet den Weg für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Sinne der Lissabon-Strategie vor.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

8. Finanzen

Tritt Ihre Partei:

für die Erstellung und die Umsetzung des Konzeptes einer **nachhaltigen Steuerreform** ein, dies mit dem Ziel den Faktor Arbeit zu entlasten und den Umweltverbrauch zu verteuern, wobei die Aufkommensneutralität gewährleistet sein sollte?

ADR prinzipiell ja - langfristig zu sehen, z.B.: bei der Besteuerung von Treibstoff

CSV wir werden in den nächsten 3 Jahren keine Steuersenkung vorsehen

DEI LENK jein - „den Umweltverbrauch verteuern“, ja - aber „den Faktor Arbeit entlasten“ ist eine Schublade, deren Inhalt unklar ist (bezieht das sich z.B. auf die Sozialbeiträge? usw.)

LSAP Die LSAP befürwortet die Einführung eines Bonus-Malus-Systems zur Besteuerung von umweltverträglichen bzw. umweltschädlichen Produkten und Dienstleistungen. Auf dieser Grundlage will die LSAP dem Verursacherprinzip verstärkt Rechnung tragen. Bei der Anwendung des Verursacherprinzips muss jedoch sichergestellt werden, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen nicht übermäßig belastet werden und die Grundversorgung mit Wasser, Strom usw. dadurch nicht in Frage gestellt wird. In Anbetracht der Tatsache, dass in Luxemburg bereits heute rund 40 Prozent der Haushalte keine Einkommenssteuer bezahlen, würde eine Entlastung des Faktors Arbeit jedoch nicht den Geringverdienern entgegenkommen, die eine Preissteigerung bei bestimmten Gütern (Energie, Wasser, Wohnen) besonders hart trifft.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
			X
	X		
	X	X	
	X		
			X

9. Energie / Klima

Wird Ihre Partei sich für die Verabschiedung eines **Klimaschutzgesetzes** mit verbindlichen Zielen und Instrumenten einsetzen?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
			X

Wird Ihre Partei folgende Maßnahmen im Energiebereich treffen:

- konsequente Umsetzung der **Potenzialanalyse** betreffend die erneuerbaren Energien mittels einem zeitlich gestaffelten Aktionsplan und der Festlegung der notwendigen Finanzmittel und Verantwortlichkeiten?

DP Bestehende Potenzialstudie durch Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsanalyse ergänzen. Die DP begrüßt, dass die Regierung eine Potenzialstudie zu den erneuerbaren Energien in Luxemburg realisiert hat. Die DP wird diese Studie nun schnellstmöglich ergänzen durch eine Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsanalyse bzw. einen konkreten Umsetzungsplan. Diese Analyse wird wichtige Erkenntnisse bringen, wie verschiedene EE energetisch, umweltschonend und finanziell optimal eingesetzt werden können. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- die Erstellung eines **Aktionsplanes Ressourcen- und Energieeffizienz**: von der Förderung des Energiecontractings, dem Festlegen von Auflagen in Betriebsgenehmigungen bis hin zu Förderprogrammen für Betriebe, Sensibilisierungskampagnen...?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- die Durchführung einer regelrechten Markteinführungsoffensive für die energieeffiziente und gesundheits- und umweltschonende Renovierung von **Altbauten** sowie den **Bau von Passiv- und Niedrigenergiehäusern**?

DP Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen. Die öffentliche Hand wird zusammen mit einer unabhängigen Energieberatungsstelle aktiv die Installation besonders von thermischen Solaranlagen aber auch von anderen alternativen Energiequellen zusammen mit diesen Haushalten planen und finanzieren. Daneben werden wir zusammen mit unseren europäischen Partnern ein antiinflationäres Programm ausarbeiten. Die Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten wird Kern dieses Programms sein.

Neue Siedlungen mit neuem Energiekonzept. In Zukunft werden Energie- und diesbezügliche Finanzierungskonzepte bei der Erschließung oder beim Bau großer Siedlungsprojekte zwischen der Gemeinde, den Bauunternehmern und den Bauherren erstellt werden müssen.

Ab 2013 heizen ohne fossile Energieträger. Wohnungen und Häuser, die nach 2013 neu entstehen oder umgebaut werden, sollen im Prinzip nur noch Heizungs- und Warmwasseranlagen benutzen dürfen, die ohne fossile Energieträger funktionieren.

Ihre Altbausanierung wird öffentlich vorfinanziert. Die DP wird mittels „Energiespar-Contracting“ und einer Klimabank die Investitionen von Privathaushalten in die Altbausanierung vorfinanzieren. Ihre Hauskassensache wird kaum bzw. überhaupt nicht zusätzlich belastet. Der Vorteil im Vergleich zu der heutigen Subventionspolitik besteht darin, dass kaum bzw. keine Eigenmittel zur Finanzierung einer Altbausanierung notwendig sind. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- in Kooperation u.a. mit Gemeinden und anderen Akteuren den Aufbau einer flächendeckenden **Energieberatung**

DP Zentrale und unabhängige Energie- und Umweltberatungsstelle. Die DP wird eine zentrale und unabhängige Energie- und Umweltberatungsstelle schaffen, in der die öffentliche Hand genauso wie das Handwerk und andere betroffene Berufsgruppen (Architekten, Ingenieure,...) eingebunden sind. Diese Beratungsstelle wird einerseits als Anlaufstelle für alle Interessierten dienen. Sie wird aber andererseits auch und vor allem proaktiv bei Staat und Gemeinden, Unternehmen und Bürgern tätig werden können und somit eine Eigen- dynamik in den Bereichen Energie und Umweltschutz entwickeln. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Wird Ihre Partei sich konkret gegen einen **Ausbau der Atomkraft** einsetzen, u.a. indem sie für eine Reform des Euratomvertrages eintritt und alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Import von Atomstrom nach Luxemburg zu begrenzen?

ADR betreffend die Begrenzung des Importes: soweit praktisch umsetzbar
DP Atomenergie stellt aus luxemburgischer Sicht keine Alternative für die Zukunft dar. Die DP ist der Meinung, dass die Atomenergie (AE) aus luxemburgischer Sicht keine Alternative für die Zukunft darstellt. Vielmehr muss es darum gehen, die Energieeffizienz zu steigern bzw. den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen.

Für die DP ist klar, dass Investitionen in die EE bzw. in den Bereich Energieeffizienz Vorfahrt genießen müssen und auf keinen Fall zugunsten der AE zurückgehen bzw. stagnieren dürfen. Investitionskonflikte sind zu vermeiden.

Die DP ist überzeugt, dass durch mehr Energieeffizienz und mehr EE der Bedarf an Atomenergie mittel- langfristig gesenkt werden kann. Mögliche CO2 Reduktionen durch AE dürfen nicht über andere Risiken (vgl. Tschernobyl, Endlagerung,...) hinwegtäuschen.

Den Ausstieg aus der Atomenergie vorbereiten, heißt deshalb in EE und Energieeffizienz investieren. Bis dahin gilt es die Sicherheit der Bevölkerung und der nachkommenden Generationen zu gewährleisten, sei es im Bereich Reaktorsicherheit sei es im Bereich Endlagerung.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

Wird Ihre Partei die **Gemeinden** als wichtige Akteure im energiepolitischen Bereich anerkennen, dies indem Gemeinden das Recht erhalten, im Rahmen der Flächennutzungspläne Auflagen aus Energiesicht zu erstellen, unter gewissen Voraussetzungen auch als wirtschaftliche Akteure im Energiebereich aktiv werden zu können und ihre diesbezügliche Rolle mittels Reform des Gemeindegesetzes geregelt wird u.a.m.

DP Alle Gemeinden als Partner aktiv einbinden. Die DP stellt fest, dass Umwelt- und EE-Politik sehr unterschiedlich in den Gemeinden betrieben wird. Viele Gemeinden leisten eine regelrechte Vorreiterrolle im Bereich einer aktiven Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Allerdings vieles hängt eben vom Willen der Gemeindeführung ab, wobei Klimaschutzpolitik von nationaler Bedeutung ist. Die DP plädiert deshalb für eine gleichmäßig aktive Klimaschutzpolitik in allen Gemeinden, die den nationalen Zielsetzungen entspricht. Vor diesem Hintergrund möchte die DP die Gemeindeaufgaben und -zielsetzungen zusammen mit den Gemeinden neu definieren bzw. das Gemeindefinanzierungssystem und die Verteilungsschlüssel neu definieren, so dass die Gemeinden ihren umweltpolitischen Aufgaben besser gerecht werden können. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

10. Landesplanung / Denkmalschutz / Wohnungsbau

Wird Ihre Partei eine umgehende und schnelle Vorstellung aller **vier sektoriellen Pläne (geschützte Landschaften, Mobilität, Aktivitätszonen sowie Wohnungsbau)** sicherstellen (insofern noch nicht erfolgt), eine Abgleichung der Pläne untereinander gewährleisten, eine offene und kontradiktorische Debatte mit allen Akteuren hierzu ermöglichen und aufgrund dieser demokratischen Debatten eine zügige Umsetzung sicherstellen?

DP Hausaufgaben bei Landesplanungspolitik machen, um Planungssicherheit zu geben. Wir werden durch eine aktive Landesplanungspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Naturschutz und wirtschaftliche Aktivitäten sehr wohl miteinander verbunden werden können. Die im Rahmen der Landesplanung vorgesehenen sektoriellen Pläne bzw. die Erstellung eines Biotopkatasters werden allen Beteiligten auf Dauer Planungssicherheit geben. Bei Planungs- und Bauvorhaben können so eventuelle Umweltauswirkungen oder Kompensationsmöglichkeiten sofort ausgelotet werden, so dass keine unnötigen Verzögerungen und langwierige Konfliktsituationen entstehen. Die genannten Pläne werden wir der Öffentlichkeit auf eine einfache und verständliche Weise zugänglich machen. (DP-Wahlprogramm '09)

Wird Ihre Partei:

- die Erstellung von praxisorientierten **Regionalplänen und Kooperationsstrukturen**, gemeinsam mit den Gemeinden, garantieren?

- einen **Regionalfonds** schaffen sowie generell die Finanzmittel des Staates **verstärkt in regionale Initiativen investieren**?

- das Konzept der **Großregion** mit Leben füllen, u.a. indem der grenzüberschreitende Zusammenhang in allen Planungen berücksichtigt wird (bei sektoriellen Plänen, Regionalplänen ...) sowie ein Aktionsplan „grenzüberschreitende Mobilität“ erstellen lassen?

LSAP Die LSAP will die Grenzregionen durch entsprechende Angebote besser an den Wirtschaftsstandort Luxemburg anbinden. Dazu gehört die Umsetzung des von Sozialisten vorangetriebenen Mobilitätskonzepts für Luxemburg und Lothringen, die TGV-Anbindung an Straßburg, die Modernisierung des Streckenabschnitts Luxemburg-Kleinbettingen im Rahmen des Eurocap-Rail-Projekts sowie eine bessere Anbindung an Koblenz und Saarbrücken. Insgesamt soll auch der Informationsfluss über das Gesamtangebot im öffentlichen Transport verbessert werden. In diesem Kontext schlagen die Sozialisten die Schaffung eines Verkehrsverbundes und die Einrichtung einer Mobilitätszentrale der Großregion vor. Erklärtes Ziel ist eine Harmonisierung der Fahrpläne und eine attraktive Tarifstruktur für den grenzüberschreitenden Verkehr. Daneben spricht sich die LSAP für den Ausbau von Auffangparkings an den und jenseits der Landesgrenzen, in unmittelbarer Nähe zu Zug- und Busbahnhöfen aus.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Wird sich Ihre Partei einsetzen für einen „**Aktionsplan „neue Wohnformen“**“, in dem seitens des Staates innovative(re) Wohnformen gefördert werden (Flächen sparende Bauweisen, Wohnen im Alter, Wohnen ohne Autos, „modulares Wohnen“, d.h. Wohnen, das sich mit den Ansprüchen der Bewohner entwickelt...), dies mittels der Vorstellung von Modellprojekten, der Erstellung von Empfehlungen an die Gemeinden, der Klärung offener rechtlicher Fragen, der Auszeichnung von Modellprojekten...?

DEI LENK wobei der soziale Wohnungsbau den ihm gebührenden Stellenwert haben muss

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Wird Ihre Partei die Erstellung eines „**nationalen Aktionsplanes Denkmalschutz**“ gewährleisten, der u.a. eine Bestandsaufnahme aller schützenswerten Elemente beinhaltet, generelle Ziele des Denkmalschutzes ebenso wie Prioritäten des Schutzes und der Pflege festlegt und die entsprechenden Finanzmittel vorsieht?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

11. Mobilität

Ist Ihre Partei bereit:

- bis 2020 ein generelles **Moratorium für die detaillierte Planung / den Bau weiterer größerer Straßenbauprojekte** zu gewährleisten (auch falls diese im „sektoriellen Plan“ angeführt sind) und in dieser Zeitspanne eine absolute Priorität auf den öffentlichen Transport und die sanfte Mobilität zu setzen?

DP Absolute Priorität für den Ausbau des öffentlichen Transports. Die DP wird dem Ausbau des öffentlichen Transports absolute Priorität einräumen und mit Ausnahme der geplanten Umgehungsstraßen einiger Dörfer und Städte keine neuen Straßenbauprojekte bis zur vollständigen Realisierung des Konzepts „Mobilität.lu“ bzw. „Mobil 2020“ zu planen. Verkehrsstaus sollten als Herausforderung für den schnellen Ausbau des öffentlichen Transports genutzt werden. Darüber hinaus wird die DP sich weiter für eine optimale Anbindung an die transeuropäischen Verkehrsnetze einsetzen. (DP-Wahlprogramm '09)

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

- einen **modal split von 30% öffentlicher Transport gegenüber 70% Individualverkehr bis 2020** umzusetzen?

LSAP Das im IVL verankerte politische Ziel, den Anteil des öffentlichen Verkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen bis 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen, hat für die LSAP absolute Priorität. Die von den Sozialisten getragene Vorgabe – ein Modal-Split von 25 Prozent für den öffentlichen Transport und 75 Prozent für den Individualverkehr – folgt gleich mehreren politischen Zielsetzungen: die Reduzierung des Individualverkehrs zum Erreichen der Klimaschutzziele, die Verbesserung der Lebensqualität und die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse im Personen- und Gütertransport. Das 2007 vorgelegte Gesamtkonzept „mobil 2020“ trägt dieser strategischen Ausrichtung Rechnung. Die Sozialisten werden dieses Projekt konsequent umsetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf den grenzüberschreitenden öffentlichen Transport richten.

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Tritt Ihre Partei ein für die kurzfristige Umsetzung und zur Verfügung Stellung der erforderlichen Finanzmittel für folgende **Infrastrukturprojekte**: Ausbau Strecke Bettemburg-Luxemburg; moderne Stadtbahn in Luxemburg sowie Peripherbahnhöfe Howald und Cessingen; Bau des „train-tram“ im Süden des Landes; Umbau des Bahnhofes Luxemburg?

ADR Stadtbahn falsches Konzept und daher vergeudetes Geld

CSV die „Kurzfristigkeit“ muss im Rahmen des Finanzvorbehaltes gesehen werden

LSAP Im Infrastrukturbereich wollen die Sozialisten klare Prioritäten zugunsten eines schienengebundenen Transportangebots setzen. Die Peripherie-Bahnhöfe Howald, Cessange und Kirchberg/Luxexpo werden verwirklicht, der Bahnhof Dommeldange ausgebaut und der Bahnhof Belval/Universität fertiggestellt. Daneben werden die Sozialisten die Bahnstrecke Belval/Universität-Belval/Mairie-Oberkorn in Angriff nehmen. Das gleiche gilt für die Neugestaltung des Ettelbrücker Bahnhofs und des Hauptbahnhofs in Luxemburg-Stadt. Das Areal der jetzigen CFL-Werkstatt muss in die Neugestaltung einbezogen werden. Weitere sozialistische Prioritäten sind die Fertigstellung der des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Luxemburg-Petingen, der zweigleisige Ausbau der Nordstrecke (an erster Stelle der Streckenabschnitte Clerf-Ufflingen und Ettelbrück-Goebelsmühle), soweit dies möglich ist und die weitere Attraktivitätssteigerung auf dem Abschnitt Ettelbrück-Diekirch. Darüber hinaus will die LSAP die Neubaustrecke Hauptbahnhof- Kirchberg via Findel vorantreiben und die Arbeiten am neuen Viadukt Pulvermühle fertigstellen.

Besondere Aufmerksamkeit genießen die Bauarbeiten am Tram-Projekt in Luxemburg-Stadt; sie sollen zügig in Angriff genommen werden, damit einem langjährigen Gerangel zwischen den Befürwortern und Gegnern der Stadtbahn nun Taten folgen. Parallel zur Hauptstadt-Tram sollen die Machbarkeits- und Potenzialstudien für Tramprojekte in der Nordstad und im Süden abgeschlossen werden.

Die Sozialisten wollen auch die Finanzierungsgesetze für die neuen Strecken von Luxemburg nach Bettemburg und Esch/Alzette fertigstellen, verabschieden und deren Umsetzung in Angriff nehmen.

Wird Ihre Partei sicherstellen, dass im neuen Mobilitätsministerium eine Person ausschließlich für die Umsetzung des erstellten **Aktionsplanes „sanfte Mobilität“** zuständig ist und der Plan gemäss Prioritätensetzungen zügig umgesetzt wird?

CSV die Organisation der Ministerien soll denen vorbehalten sein

DP Vorfahrt für Fahrradfahrer und Fußgänger. Die DP wird den Ausbau der so genannten „mobilité douce“ als „schadstoffarme“ Fortbewegungsart sehr stark fördern. Aufgrund eines verbesserten Angebots wird die Nachfrage der Bürger besonders im Fahrradbereich in den kommenden Monaten und Jahren steigen. Fußgänger- und Fahrradwege sowie der öffentliche Transport werden in Zukunft bei neuen, größeren Siedlungsvorhaben bereits bei der Planung berücksichtigt bzw. werden Vorrang gegenüber anderen Verkehrsträgern genießen. Die Siedlungsprojekte müssen diesem Umstand auch Rechnung tragen. (DP-Wahlprogramm '09)

Wird Ihre Partei sich für eine Aufwertung des **Verkehrsverbundes und der Mobilitätszentrale** einsetzen, dies indem deren personelle und finanzielle Mittel ausgebaut, ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem Ministerium gestärkt werden und auch verstärkt Initiativen innerhalb der Großregion ergriffen werden?

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
			X
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
			X
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

12. Landwirtschaft

Wird Ihre Partei Akzente im landwirtschaftlichen Bereich setzen, indem Sie:

- einen **nationalen Aktionsplan „Fortentwicklung der Luxemburger Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“** sowie ein Analyse „Umweltqualitätsziele in der Landwirtschaft“ erstellen lassen?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- den **Aktionsplan Biolandbau** mit konkreten Maßnahmen umsetzen?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- die **Landschaftspflegeprämie** an Mindest-Naturschutzkriterien binden und eine Landschaftspflegeprämie Plus für weitgehendere Maßnahmen im Naturschutzbereich einführen?

ADR ist schon der Fall

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- eine Verstärkung der technischen Dienste der Landwirtschaft im **Naturschutzbereich** gewährleisten?

ADR Was heißt das konkret?

Partei	ja	nein	K. A.
			X
	X		
	X		
	X		
	X		
		X	

13. Naturschutz

Werden Sie im Naturschutzbereich:

alle Anstrengungen treffen (finanziell, durch direkte Kontaktaufnahme mit den Gemeinden), damit landesweit **Naturschutzsyndikate** etabliert werden?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

den **nationalen Aktionsplan Naturschutz** mit Leben füllen, in dem auch die erforderlichen Gelder zur Umsetzung zur Verfügung gestellt werden und u.a. mit Gemeinden/syndikaten kooperiert wird?

DP Wir werden den Naturschutzplan konsequent umsetzen. Wir werden den nationalen Naturschutzplan (Plan national pour la protection de la nature) konsequent umsetzen und die hierfür notwendigen Mittel freimachen. (DP-Wahlprogramm'09)

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

die konsequentere Ausweisung der **Natura 2000-Gebiete** voran treiben?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

ein neues **Gesetz zur Felderzusammenlegung** verabschieden, das Demokratieelemente und Naturschutzaspekte stärker respektiert als das derzeitige und bis zur Reform ein Moratorium für Flurbereinigungsaspekte aussprechen?

Partei	ja	nein	K. A.
		X	
		X	
	X		
	X		
	X		
	X		

14. Umwelt- und Gesundheitspolitik

Ist Ihre Partei bereit in weitgehendem Ausmaß den **präventiven Umweltschutz** zu stärken: durch regelrechte Lärm-Reduktionsmaßnahmen (und nicht nur durch Ansätze, die Lärmbelastung unter dem gesetzlichen Grenzwert zu halten), weitgehende Luftreinhaltepläne die ebenfalls nicht nur das Unterschreiten von Grenzwerten, sondern eine gute Luftqualität gewährleisten; einen Aktionsplan „Lichtverschmutzung“ sowie eine systematischere Kontrolle der Kommodo-Inkommodo-Auflagen?

LSAP Lärm ist eine der häufigsten und gravierendsten Umweltbelastungen unserer Zeit. Durch die Umsetzung der Lärmschutzdirektive 2002/49 hat Luxemburg einen passenden Rechtsrahmen gesteckt, um diesem Problem entgegenzuwirken. Die Sozialisten setzen auf eine konsequente Umsetzung der vorgelegten Aktionspläne in den Bereichen Flug-, Zug- und Straßenverkehr. Ziel soll es sein, alle Einwohner des Landes vor gesundheitsschädlichen Lärmbelastungen zu schützen. Dazu gehört auch die Einhaltung des geltenden Nachtflugverbots.

Werden sie ein **Bodenschutzgesetz** erstellen, das den Schutz wertvoller Böden, die Bodensanierung u.a.m. mehr regelt?

DP Bodenschutzgesetz dringend notwendig. Wir werden uns in der EU für ein gemeinsames europäisches Bodenschutzrecht einsetzen. Sollte es dort zu keiner Einigung kommen, wird die DP ein Bodenschutzgesetz in Luxemburg ausarbeiten. (DP-Wahlprogramm '09)

LSAP Boden ist für Luxemburg eine äußerst wertvolle da nicht erneuerbare und stark begrenzte natürliche Ressource. Die Sozialisten setzen sich für einen schonenden und effizienten Umgang mit der Ressource Boden ein. Das Wirtschaftswachstum in Luxemburg muss unbedingt vom Flächenverbrauch entkoppelt werden. Flächensparende Bauweisen sind daher konsequent zu fördern und Flächenverschwendung zu untersagen. Die Sozialisten setzen sich weiter dafür ein, die Qualität des Bodens zu sichern, um auch die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel auf sauberen Böden zu garantieren. In der Landwirtschaft soll die konservierende Bodenbearbeitung gefördert werden. Ein spezifisches Bodenschutzgesetz ist den europäischen Vorgaben in diesem Bereich anzupassen.

Damit die Umsetzung der Gesetzgebung zur Wasserrahmenrichtlinie in die Praxis überhaupt erfolgen kann: werden sie einen Aktionsplan „**Praktische Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**“ erstellen und umgehend die erforderlichen Reglemente verabschieden (u.a. Entschädigungen für Landwirte), damit die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten vorangetrieben wird?

DEI LENK unter dem Vorbehalt, dass wir nicht mit dem allgemeinen Prinzip der Kostendeckung einverstanden sind

Werden sie die Erstellung eines **Umweltschutzgesetzbuches** gewährleisten, das nicht nur einen kohärenten Text und eine transparente Umweltgesetzgebung der derzeit zu disparaten Texte gewährleisten soll, sondern ebenfalls eine Überarbeitung veralteter Gesetze?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

Wird Ihre Partei:

- grundsätzlich für eine Neugewichtung der Gesundheitspolitik Sorge tragen, in dem ein Aktionsplan „**Gesundheitsförderung und-prävention**“ (gesundheitsfördernde Lebenswelten, empowerment, Präkarisierung vermeinden) erstellt wird? Dieser sollte über die Vermeidung von Krankheiten oder die Früherkennung bzw. Behandlung von Krankheiten hinaus, alle möglichen Instrumente umfassen, die Gesundheit stärken?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

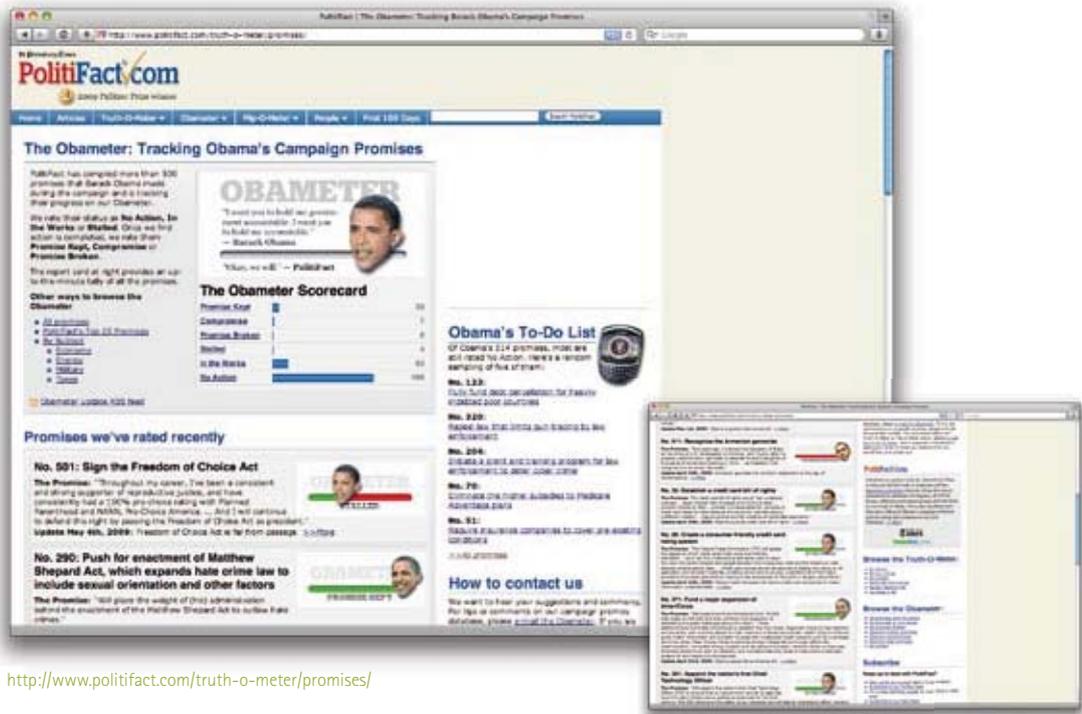
- einen **Maßnahmenplan „Umwelt und Gesundheit“** in die Wege leiten, um somit die Verknüpfung dieser Themen zu verdeutlichen und noch wirksamer vorgehen zu können (z.B. betreffend Luftqualität, Ozonbelastung, Innenraumbelastungen u.a.m.)?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

- einen Ausbau der „**Umweltambulanz**“ gewährleisten, da diese derzeit mit den begrenzten Mitteln überfordert ist?

Partei	ja	nein	K. A.
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		
	X		

DEI GRENG ...um alles umzusetzen brauchen wir jedoch mehr als eine Legislaturperiode!



<http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/>

Umsetzung der Wahlversprechen sowie des Koalitionsvertrages: Für die Einführung eines nachvollziehbaren Gradmessers

Mit grosser Zufriedenheit stellt der Mouvement Ecologique fest, dass zahlreiche Anregungen seinerseits für die nächste Legislaturperiode auf breiten politischen Konsens stossen. Dies reicht von der Zusage, alle Entscheidungen der Regierung sowie der Abgeordnetenkammer auf ihre Konformität zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung hin zu überprüfen bis hin zur Förderung des präventiven Umweltschutzes.

Fakt ist aber, dass in der Vergangenheit so manches Wahlversprechen und so manche Aussage im Koalitionsabkommen nicht wirklich in die Praxis umgesetzt wurde. Dies war z.B. in der vergangenen Legislaturperiode (was den Nachhaltigkeitsbereich angeht) für eine Reihe von Versprechen der Fall: von der Reform der Umweltverwaltung bis hin zur Erstellung von Regionalplänen.

Als demokratieförderndes und als vertrauenerweckendes Element einer neuen Politikgestaltung erachtet der Mouvement

Ecologique in diesem Zusammenhang das **Konzept des sogenannten «Obamemeter», d.h. einer Wertungsskala der Umsetzung gemachter Politikversprechen.**

Die Idee stammt in der Tat aus Amerika. Dabei wurden alle Wahlversprechen von B. Obama – es sind deren 525 – in einer Liste erfasst (<http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/>). Kommentiert wird jeweils,

- deren Bedeutung
- inwiefern sie bereits umgesetzt sind bzw. in Umsetzung sind
- und ob sie ggf. nicht umgesetzt werden (siehe Anhang).

Der Mouvement Ecologique fordert mit Nachdruck, dass sich die Luxemburger Parteien hinter die Idee eines Luxemburger Evaluationsinstrumentes stellen und dieser unverzüglich nach der Erstellung des Koalitionsabkommens erstellt und fortgeführt wird.

Erfolgt dies nicht seitens der Regierung, wird der Mouvement Ecologique seinerseits eine entsprechende Darstellung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung gewährleisten.

SPARGEL-GEMÜSE-TASCHEN MIT GRÜNEM RISOTTO



Zutaten für 4 Personen:

Für die Pfannkuchen:

200 g Dinkelvollkornmehl
gut ½ l Milch
3-4 Eier
eine Prise Vollmeersalz
frisch gemahlener weißer Pfeffer
2 Esslöffel frisch gehackte Kräuter, z.B.:
Petersilie, Dill, Schnittlauch, Majoran ...
2 Knoblauchzehen

Für die Füllung:

350 g weiße Spargelstangen
eine Prise Vollmeersalz
je 100 g Champignons, Erbsen, Möhren
1 Esslöffel Butterschmalz (Ghee)
1 Schalotte
2 Knoblauchzehen
einige Stängel frische Petersilie
Kräutersalz
frisch gemahlener weißer Pfeffer
2 Esslöffel Sesam
etwa 2 Esslöffel geschmolzene Butter

Für das Risotto:

1 Zwiebel
5 Knoblauchzehen
1 kleine Selleriestange
125 g Buschbohnen (grüne Bohnen)
125 g junge Spinatblätter
125 g Erbsen
1 Esslöffel gekörnte Gemüsebrühe
400 g Risottoreis, z.B. Arborio
1 Esslöffel Olivenöl
250 ml Weisswein
einige Stängel frische Kräuter, z.B. Petersilie,
Oregano, Schnittlauch, Basilikum ...
Kräutersalz
frisch gemahlener schwarzer Pfeffer
etwa 20 g Butter

Außerdem:

Butterschmalz zum Ausbacken der Pfannkuchen
ein Stück Parmesankäse

Zubereitung:

1. Für den Pfannkuchenteig das Dinkelvollkornmehl in eine Schüssel geben.
2. Mit der Milch, den Eiern, dem Vollmeersalz und dem Pfeffer verrühren.
3. Die Knoblauchzehen schälen, den Mittelkeim entfernen und fein hacken.
4. Die Kräuter feucht abwischen und fein hacken.
5. Den Knoblauch und die Kräuter zu dem Pfannkuchenteig geben und alles zu einem dünnflüssigen Teig verrühren. Diesen gut 15 Minuten ruhen lassen.
6. Für die Füllung den frischen Spargel waschen, schälen, in kleine, längliche Stücke schneiden. Diese nun in Salzwasser ca. 10 Minuten bissfest garen.
7. Die Champignons feucht abwischen, halbieren und in dünne Scheiben schneiden.
8. Gegebenenfalls die Erbsen palen.
9. Die Möhren mit der Gemüsebürste abscrubben, putzen und fein würfeln.
10. Die Schalotte und den Knoblauch schälen, vom Knoblauch den Keim entfernen und beides fein hacken.



11. Butterschmalz (Ghee) in einer Pfanne erhitzen. Die feingehackte Zwiebel und Knoblauch hineingeben und andünsten. Danach das zubereitete Gemüse hineingeben und bei geringer Hitze schmoren lassen. Mehrmals wenden.
12. Die Petersilie waschen, trockenschleudern und fein hacken.
13. Zum Schluss die Füllung mit Kräutersalz und Pfeffer würzen, die gehackte Petersilie untermengen.
14. Den Sesam in einer fettfreien Pfanne rösten und beiseite stellen.
15. Für die Pfannkuchen etwas Butterschmalz in eine flache Pfanne geben und nacheinander aus dem Teig goldgelbe Pfannkuchen backen.
16. Das geschmorte Gemüse auf den Pfannkuchen verteilen, anschließend zu einem Dreieck umschlagen. Die fertigen Taschen im Backofen mit geschmolzener Butter bestreichen, mit dem geröstetem Sesam bestreuen und auf einer eingefetteten feuerfesten Platte bei ca. 100 Grad warm stellen
17. Für das Risotto die Zwiebel und den Knoblauch schälen, den Mittelkeim vom Knoblauch entfernen und beides fein hacken.
18. Die Selleriestange putzen, waschen und in feine Streifen schneiden.
19. Die Buschbohnen putzen, waschen und mit Wasser bedeckt weich kochen. Die Bohnen abgießen, dabei das Kochwasser auffangen und beiseite stellen.
20. Die Spinatblätter putzen und waschen, nicht zerkleinern.
21. Die Erbsen evtl. palen.
22. Die Kochflüssigkeit der Bohnen auf gut 1 l auffüllen, die gekörnte Gemüsebrühe da-
- zugeben, aufkochen und warm halten.
23. In einem Topf das Olivenöl erhitzen, die feingehackte Zwiebel mit dem Knoblauch darin andünsten, danach den Reis mit die Selleriestreifen dazugeben. Verrühren, die Hälfte des Weißweins hinzugießen und unter Rühren kochen, bis er fast verdampft ist. Mit dem restlichen Wein und der heißen Gemüsebrühe ebenso verfahren bis die Flüssigkeit fast aufgebraucht ist.
24. Nach etwa 25 Minuten, wenn der Reis weich ist, den Spinat, die Bohnen und die Erbsen unterrühren.
25. Die Kräuter feucht abwischen, fein hacken und ebenfalls unterrühren. Das Ganze abgedeckt etwa 5 Minuten stehen lassen.
26. Mit Kräutersalz und Pfeffer würzen, die Butter unterrühren.
27. Den Parmesankäse hobeln.
28. Zum Servieren, jeweils 1 Spargeltasche auf die Teller legen. In einen Ausstechring den Risotto hineindrücken und neben die Spargeltasche auf den Teller setzen. Mit den Parmesanhobeln belegen, evtl. noch mit restlichen gehackten Kräutern bestreuen und sofort servieren.

Sonderpreis
23€ statt ~~34€~~



176 Seiten, gebunden,
harte Deckel, plastifiziert,
Format 21x29,7 cm

Kann auch bestellt werden
durch Überweisen dieses
Betrags an:
Mouvement Ecologique
CCP LU16 1111 0392 1729 0000

Sie können es auch abholen
im Ökozenter Luxemburg
6, rue Vauban, Pfaffenthal

oder telefonisch bestellen
439030-1

Natierlech genéissen 2

Nach dem großen Erfolg des ersten Kochbuchs "Natierlech genéissen" von Lydie Muller-Philippy, ist auch der zweite Band eine Fundgrube abwechslungsreicher und phantasievoller Rezepte der vegetarischen Vollwertküche. Wer ohne schlechtes Gewissen genießen will, findet hier eine Auswahl von Gerichten, die leicht nachzukochen sind, an denen man sich aber auch inspirieren kann um eigene Kochkreationen zu ersinnen. Raffiniert oder einfach, die gesunde Küche wird hier in ihrer Vielfalt präsentiert.

Würzen mit Kräutern – die Seele der Kochkunst – zum Verfeinern von Suppen, Saucen und Sonstigem ist einer der Schwerpunkte von Band 2.

Schon von Champagneressig gehört? Oder von Trüffelessig? Über diese und andere Essige, über deren Herstellung, Eigenschaften und Anwendung in der Küche des Alltags und in der "Fine cuisine" werden Sie alles erfahren.

Öle sind nicht nur Fett, sondern wertvolle Zutaten, die essentielle Fettsäuren und Vitamine enthalten. Ob Distel- Erdnuss- Kürbiskern- oder Olivenöl, die Wahl dieser oder anderer Öle beeinflusst maßgeblich die Geschmacksnuance Ihrer Gerichte. Hier können Sie nachlesen welches Öl sich am besten für Ihre Mahlzeit und ihre gesundheitliche Balance eignet.

Appetit anregende Farbaufnahmen von Guy Hoffmann illustrieren jedes der 123 Rezepte. Sämtliche Gerichte werden für eine bestimmte Jahreszeit empfohlen. Informationen über Schwierigkeitsgrad und Eignung für Veganer, Lakto- oder Ovo-lakto-Vegetarier vervollständigen dieses wertvolle Küchenbuch.

Die von einer Ernährungsberaterin erstellten Nährwertangaben und ein ABC der Vollwertküche vollenden das Ganze.

Guten Appetit!



Atelier im „Eilénger KonschtWierk“

KËNSCHTLER FIR D'ËMWELT

die Serigrafie vun Ad. Deville ist da!

Das Projekt „Kënschtler fir d'Ëmwelt“

Adolphe Deville ist der aktuelle „Kënschtler fir d'Ëmwelt“. Nach über 2 Monaten Produktionszeit ist die sehr aufwendige Serigrafie nach seiner Vorlage mit der Sicht auf das „Village of Oak Creek“ in Arizona, eines der Lieblingsmotive des Künstlers, nun fertig!

Die Herstellung der Serigrafie erforderte über 40 verschiedene Farbüberdrucke und die Interpretation des vielschichtigen Aquarellmotivs bedeutete eine echte Herausforderung! Umso mehr ist das Team um den Siebdruckexperten Graham Renshaw zufrieden über das hervorragende Resultat. Die Serigrafie wurde unter seiner fachmännischen Leitung im Siebdruckatelier des „Eilénger KonschtWierk“ gedruckt, einer therapeutischen Werkstatt für psychotische Menschen.

Mouvement Ecologique und Stiftung Ökofonds veröffentlichen regelmäßig Kunstdrucke anerkannter Künstler aus Luxemburg und der Großregion. Seit dem ersten Siebdruck von Patricia Lippert im Jahr 1992 stellen Künstler traditionsgemäß ihre Werke zur Verfügung.

Alle Drucke in begrenzter Auflage sind auf Büttenpapier gedruckt, nummeriert und signiert. Mit dem Kauf der Drucke erwerben Sie ein Kunstwerk mit bleibendem Wert und Sie unterstützen zugleich Aktivitäten im Bereich der Ökologie.

Die Technik

Der Siebdruck (Serigrafie, Silkscreen) ist ein Druckverfahren, bei dem die Druckfarbe mit einem wischerähnlichen Werkzeug (Gummirakel) durch ein feinmaschiges textiles Gewebe das in einen Metallrahmen eingespannt ist, hindurch auf das Papier gedruckt wird. Für jede Farbe wird eine spezielle Schablone hergestellt: an denjenigen Stellen des Gewebes, wo dem Bildmotiv entsprechend keine Farbe gedruckt werden soll, sind die Maschenöffnungen farbundurchlässig gemacht worden.

So werden nacheinander sämtliche Farben von der hellsten bis zur dunkelsten auf das Papier gebracht.

Das „Village of Oak Creek“ ist auf Büttenpapier (Format 65x50 cm) gedruckt, nummeriert, einzeln signiert und hergestellt in einer Auflage von 100 Exemplaren.

Der Künstler

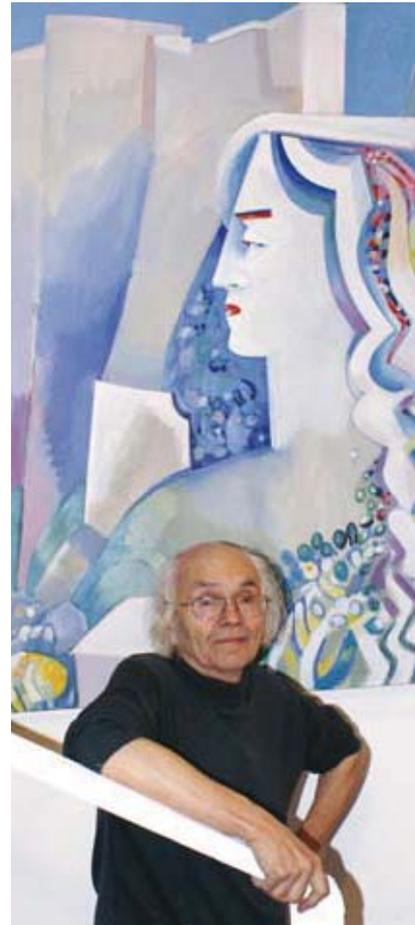
Studienreisen nach Ravenna in Italien hatten Adolphe Deville (geboren 1935) schon eine gute handwerkliche Basis gebracht, noch bevor er sich dann 1957 in Paris an der École des Beaux-Arts anmeldete. Zusätzlich besuchte er die Académie de la Peinture von André Lhote in Montparnasse. Nach dem Abschluss 1961 verbringt er ein weiteres Jahr an der Hochschule für Bildende Künste in Frankfurt-am-Main. 1962 zieht es ihn, gemeinsam mit anderen Kollegen seiner deutschen Malerklasse, in die Provence, wo er die Landschaften des Lubéron in vielen Skizzen studiert. Heute noch besucht er die Provence regelmäßig, denn die Liebe zu dieser Gegend ist geblieben.

Ab den 70er Jahren unternimmt Adolphe Deville immer wieder neue Studienreisen und entdeckt Umbrien und die Emilia Romagna, wo er sich vorwiegend in Ravenna aufhält und sich intensiv mit der Mosaikkunst beschäftigt. Aber auch die weiten Landschaften von Arizona, mit ihren abwechslungsreichen Farbpaletten und kraftvollen Gebirgssilhouetten, inspirieren ihn zu vielen farbenfrohen Aquarellen, die oft Studien für spätere, großformatige Ölbilder sind. Das

von Ad. Deville für unsere Serigrafie vorgeschlagene Bild stammt übrigens auch aus dieser Gegend.

Ad. Deville hat an zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen in Luxemburg, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Spanien und den USA teilgenommen, unter anderem auch in der Galerie Artcurial in Paris. Seine Werke hängen in vielen öffentlichen und privaten Sammlungen im In- und Ausland. Die Arbeiten von Ad. Deville umfassen außerdem viele Raum- und Wandgestaltungen in und an öffentlichen Bauten.

Er schuf beispielsweise Hochfenster, Marmor- und Mosaikarbeiten für die Schifflinger Kirche, den „Renert- Wee“ in Wiltz und die gesamte künstlerische Ausstattung der Steinbrückener Kirche. Auch in Bettemburg und Sanem gestaltete er Fenster und Mosaikarbeiten und für den großherzoglichen Palast entwarf er die Wappenfenster.



Preis und Bestellung

Der Preis für die Serigrafie beträgt **225 Euro**. Gegen einen Aufpreis von 70 Euro kann der Siebdruck auch in einem sehr hochwertigen, farbneutralen Holzrahmen erstanden werden.

Bestellung per Telefon 439030-1, per Mail an meco@oeko.lu oder per Banküberweisung auf ein Konto des Mouvement Ecologique: CCP LU16 1111 0392 1729 0000 oder BCEE LU20 0019 1300 1122 4000 mit dem Vermerk „Ad. Deville“.

Die Serigrafie kann während der Öffnungszeiten im OekoZenter besichtigt werden:
6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

Tel.: 43 90 30-1, Fax: 43 90 30-43,
Mail: meco@oeko.lu www.meco.lu



EcoDesign

Ma maison au naturel

Ecodesign est une société de parachèvements contemporains via l'emploi de matériaux biologiques et écologiques certifiés. Nous réalisons tous types de revêtements :

- Plafonnage en terre-paille, finition décorative Tierrafino - Lesando,...
- Système badigeon à la chaux: Corical, Coristil, Tadelakt et finition marbrée.
- Pose de panneau fermacelle et finition en papier écologique.
- Pose de parquets en bambou et en chêne.
- Crépis sur isolant écologique.

Notre expérience sera à la hauteur de vos attentes.

N'hésitez pas à prendre contact avec nous pour vous aider à donner vie à vos projets.

Contact: 661 515 179 – 661 515 180

Email: info@ecodesign.lu

Site web: www.ecodesign.lu



ATELIER LIGNA

MENUISERIE-EBENISTERIE

Jang FEINEN

MENUISERIE INTERIEURE
CREATION DE MEUBLES CONTEMPORAINS
AMENAGEMENT D'INTERIEURS
CUISINES SUR MESURE
ESCALIERS



8, rue Goell L-5326 CONTERN
TEL: 35 55 33 OU 71 96 76

Les Meilleurs Vignobles de France
LE MEILLEUR DU "BIO"

**Bordeaux, Bourgogne, Alsace, Champagne,
Beaujolais, Jura, Côtes du Rhône,
Baux de Provence, Cognac, Calvados**

**LES VINS DE CULTURE BIOLOGIQUE
AU GRAND-DUCHE DE LUXEMBOURG**

Garanties "Nature et Progrès" - "Demeter"
Appellations d'Origine Contrôlée
Direct du Château



FRANCIS FOURCADE

F-33002 BORDEAUX - TEL. 0033 5 56 94 28 57
L-9365 EPELDORF - FAX. 86 94 55

chaque mois au Grand-Duché - Livr. à domicile

PAIN



OBERTIN

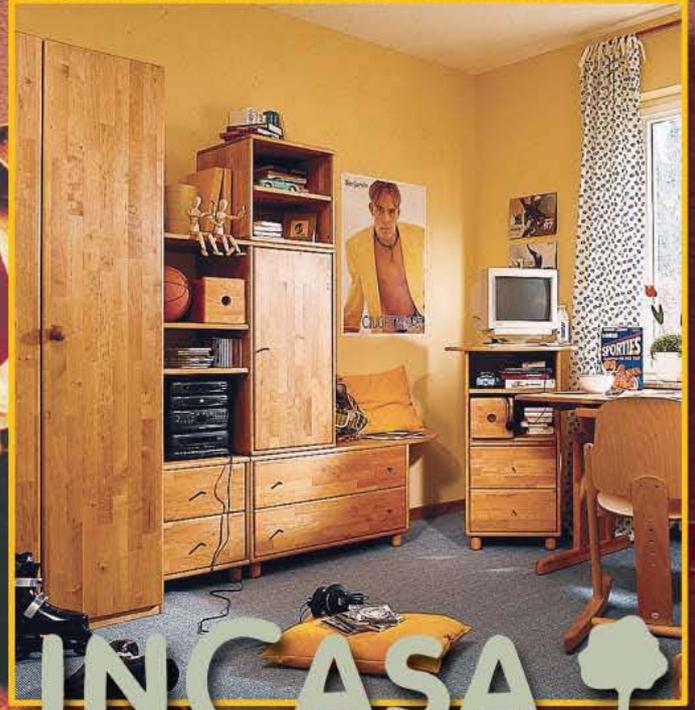
Säit 1983
an de Biobutteker
am ganze Land



www.pain-obertin.lu
Remerschen
tel/fax 23664590

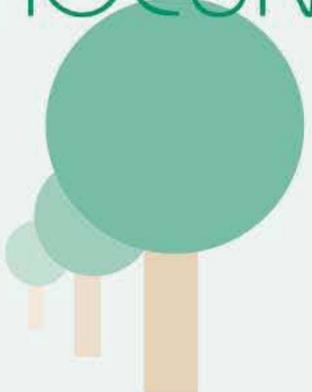
demeter

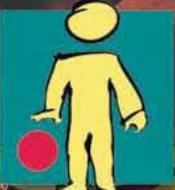
L i e w e n & W u n n e n an Harmonie mit der N a t u r



INCASA 

TEAM 7 

MIWELHAUS
KOEUNE

NATUR & DESIGN

 kinder
möbel
DE BREUYN

